

Im Spiegel Jugoslawiens: Desintegrationstendenzen in der EU

Joachim Becker

*Ich habe Jugoslawien als eine Art Abbild von Europa im Kleinen gesehen...
So hatte ich diese Theorie, wenn Jugoslawien fehlschlagen wird, wird an
einem bestimmten Punkt auch Europa fehlschlagen.*

Miha Kovač (in Spaskovska 2017: 178)

An diese Assoziation zwischen dem Zerfallsprozess Jugoslawiens und der EU erinnert sich Miha Kovač, in den späten 1980er Jahren Redakteur des vom Sozialistischen Jugendverband Sloweniens herausgegebenen Wochenmagazins Mladina und heute Universitätsprofessor in Ljubljana, im Hinblick auf die Endphase Jugoslawiens. Im Gefolge der Finanz- und Eurozonenkrise in den Jahren 2008 ff. haben verschiedene Intellektuelle aus dem früheren Jugoslawien Ähnlichkeiten zwischen der EU und der Desintegrationskrise Jugoslawiens ausgemacht. So sah der slowenische Ökonom Jože Mencinger, der während des Ablösungsprozesses Sloweniens von Jugoslawien eine Schlüsselrolle einnahm, 2011 in einem Interview mit dem Belgrader Wochenmagazin Vreme, Parallelen zwischen beiden Fällen: sich in der Krise vertiefende Konfliktlinien zwischen den stärker entwickelten und ärmeren Regionen und wechselseitige Beschuldigungen. Der Beitrag trug den Titel: „Europa wie das frühere Jugoslawien“ (Radić 2011). Und teilweise wurde diese Prognose wenige Jahre später wahr: 2016 fand im Vereinigten Königreich ein Referendum über einen Austritt aus der EU statt. Dessen BefürworterInnen waren dabei in der Mehrheit. Zum Jahresende 2020 schied das Vereinigte Königreich aus der EU aus.

Im Fall Jugoslawiens setzte die Unabhängigkeitserklärung Sloweniens eine Kettenreaktion in Gang, die zu einer relativ raschen und teils auch mit massiven militärischen Konflikten verbundene Desintegration Jugoslawiens führte. Abgeschlossen wurde diese allerdings auch erst nach mehr als einem Jahrzehnt: 2006 trat Montenegro aus dem noch verbliebenen kleinen Verbund mit Serbien aus. 2008 erklärte sich der Kosovo, der keine Republik, sondern nur eine autonome Region innerhalb Serbiens gewesen war, einseitig seine Unabhängigkeit von Serbien, von dem er sich bereits nach der westlichen Militärintervention als internationales Protektorat weitgehend abgetrennt hatte. Im Gegensatz zu Jugoslawien sind auf den Brexit in der EU keine weiteren Austrittsinitiativen erfolgt. Insofern zeigen die beiden Desintegrationsprozesse deutliche Unterschiede.

Vergleichend geht der Beitrag den strukturellen und konjunkturellen Faktoren der Desintegrationsprozesse in Jugoslawien und der EU nach und stellt dabei auch zentral die Frage, wodurch die Unterschiede in der Desintegrationsdynamik zu erklären sind. Hierbei wird er sich relativ stark auf die Frage der Staatlichkeit fokussieren.

Strukturelle und konjunkturelle Faktoren von Desintegrationsprozessen

Ungleiche Entwicklung und dezentrale Formen der Staatlichkeit werden als begünstigende strukturell Desintegrationsprozesse begünstigende Faktoren begriffen, die konjunkturell durch starke Krisenprozesse eine Aktualisierung erfahren können. In einer Krisensituation können gesellschaftliche AkteurInnen auf eine Veränderung der Territorialität der Staatlichkeit setzen, um die „strategische Selektivität“ (Jessop 2000: 40) der Staatlichkeit zu ihren Gunsten zu verändern. Separation aus einem Staatsverband ist eine besonders radikale Form der Veränderung der Territorialität. Sie kann grundsätzlich von Teilen der dominanten gesellschaftlichen Kräfte, aber auch von bislang dominierten Kräften initiiert werden. Hierbei können sich auch klassenübergreifende Koalitionen zwischen bestimmten ökonomisch dominanten Kräften, Teilen der Mittelschicht und der ArbeiterInnenschaft herausbilden, die jeweils hoffen, ihre Machtposition und ihre materielle Lage durch eine Herauslösung aus dem bisherigen staatlichen Gebilde zu verbessern (vgl. Becker 2002: 242 ff.). Dabei können innerhalb einer solchen Koalition sehr unterschiedliche Motivlagen das Bestreben nach staatlicher Separation begründen.

Die mit sehr ungleichen Entwicklungsmustern zusammenhängenden Spannungslinien erfahren oftmals in massiven Krise eine Zuspitzung von Verteilungskonflikten. Stark dezentralisierte Formen der Staatlichkeit bieten politische Ansatzpunkte für Separationsprozesse durch bereits bestehende starke Autonomien der dezentralen staatlichen Einheiten. Dezentrale Formen der Staatlichkeit sind eine Föderation (Bundesstaat), eine Konföderation (Staatenbund) und ein Imperium. Eine Föderation weist klare Grenzen auf. Es gibt eine Zentralregierung mit substantiellen Kompetenzen, gleichzeitig existiert aber auch eine reale Ausstattung sub-nationaler Einheiten, beispielsweise von Bundesländern. Diese haben aber keine Möglichkeit des Austritts. Eine Konföderation hat ebenfalls klare Grenzen. Befugnisse werden hier tendenziell von den konstituierenden Einheiten auf eine Zentralregierung übertragen, sie behalten sich auch das Recht auf ein Verlassen der Konföderation vor (vgl. Streeck 2021: 226). Kennzeichen eines Imperiums ist, dass die Grenzen nicht so klar definiert sind. Ein Imperium ist tendenziell auf Erweiterung angelegt (vgl. Münkler 2005: 16 f., Streeck 2021: 225 ff., Zielonka 2007: 14 ff.). Diese Erweiterung kann durch territoriale Erweiterung der direkten Staatlichkeit – wie z.B. bei der EU durch die diversen Erweiterungsrounds –, aber auch durch Ausweitung von Einfluss-Sphären erfolgen. Die Imperien sind durch starke Machtasymmetrien zwischen dem Zentrum und Rändern der Einflusszone gekennzeichnet (Münkler 2005: 18, anders bezogen auf neo-medieval Imperien Zielonka 2007: 14 ff.). Streeck (2021: 226) argumentiert, dass aus der Konföderation leicht, aus einem Imperium aber nicht ausgetreten werden könne. Diese Punkt ließe sich aber auch ganz anders argumentieren: Sind die Grenzen nicht so fix, muss auch ein Verlassen des Imperiums nicht unbedingt gleich die Existenz des Imperiums in Frage stellen. Grenzänderungen sind Teil eines imperialen Modells. Territoriale Verkleinerung zeigt eine Krise eines solchen Imperiums an, sie muss aber nicht in dessen Ende münden. Die innere institutionelle Ordnung eines Imperiums kann sehr unterschiedlichen Charakter mit verschiedenen Kombinationen von Zentralisierung und Dezentralisierung aufweisen – also eher in der Hinsicht eher in eine föderale oder konföderale Richtung weisen. Der Begriff des Imperiums weist auf vorkapitalistische und vorbürgerliche Formen der Staatlichkeit

hin. Bezogen auf heutige mögliche Formen des Imperiums unterscheidet Zielonka (2007: 11 ff.) zwei Idealtypen: einen „westfälischen Superstaat“ mit klarem politischen Zentrum, deutlicher Unterscheidung von Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern, klaren Umverteilungsmechanismen und eigenen Repressionskräften einerseits und ein „neomittelalterliches Imperium“ mit ambivalenten Entscheidungsstrukturen, verwischten Grenzen zwischen Zentrum und Peripherie, hybriden Umverteilungsmechanismen und einer Vielfalt von Repressionsapparaten. Ein zentrales Element der kapitalistischen Staatlichkeit, das Geld, diskutiert er nicht. Das Geld ist aber ein zentrale Regulations- und auch Disziplinierungsmedium der kapitalistischen Staatlichkeit.

Real weisen dezentrale Formen der Staatlichkeit sich verändernde Kombinationen von Elementen verschiedener Typen dezentraler Staatlichkeit – beispielsweise föderale und konföderale Elemente oder sogar föderale, konföderale und imperiale Elemente – auf. Bei einer Mischung föderaler und konföderaler Elemente stellt sich dann Frage des Austritts aus der größeren staatlichen Einheit möglicherweise sehr komplex dar. Auch wenn die formal die Möglichkeit des Austritts besteht, so kann das lange Zeit vorherrschende Grundverständnis doch durch eine reale Orientierung auf die Dauerhaftigkeit der größeren staatlichen Einheit und der (äußeren) Grenzen getragen sein. Separierungsbemühungen stellen dann das gesamte Staatsprojekt massiv in Frage. Zudem kann sich die Staatlichkeit in Richtung Zentralisierung und Dezentralisierung ändern, damit bieten sich unterschiedliche Ansatzpunkte für Versuche einer Abspaltung.

Den zwischen Jugoslawien und der EU unterschiedlichen Formen der Staatlichkeit wird im Folgenden bei der Analyse besondere Bedeutung beigemessen. Beide wiesen in der Phase beginnender Desintegrationstendenzen Elemente einer Inneren föderalen und konföderalen Ordnung auf, allerdings zeigt die EU deutliche Charakteristika eines Imperiums, Jugoslawien hingegen nicht. Zudem befand sich Jugoslawien im Übergang von einer sozialistischen zu einer kapitalistischen Staatlichkeit, während die EU eine Form kapitalistischer Staatlichkeit zeigt.

Der jugoslawische Desintegrationsprozess: von der Föderation zur Macht der Republiken

Die Kommunistische Partei Jugoslawiens (KPJ) legte während des Widerstandskrieges gegen die Besatzungsmächte und ihre lokalen Verbündeten die Grundlagen für die Wiederherstellung Jugoslawiens auf der Grundlage einer neuen, föderalen Staatskonzeption (vgl. Pirjevec 2020: 244 ff., 412 ff.). Sie räumte den Republiken und Nationalitäten eine erhebliche Bedeutung bei. Ähnlich wie in den anderen staatssozialistischen Staaten wies der Staat eine Doppelstruktur auf: Einerseits gab es den Staatsapparat selbst, andererseits die Kommunistische Partei mit vor allem strategischen Entscheidungsbefugnissen. Das Verhältnis von föderalen und Republikstrukturen war sowohl bezogen auf die staatlichen Strukturen als auch die Partei in der Zeit des sozialistischen Jugoslawien umstritten.

Hatte sich die Kommunistische Partei Jugoslawiens unmittelbar nach 1945 auf die Sowjetunion orientiert, so kam es 1948 über die Frage der Eigenständigkeit der jugoslawischen KommunistInnen zum Bruch nach Moskau. Damit befand sich das staatssozialistische Jugoslawien in einer außenpolitisch prekären Situation zwischen den auf

die Sowjetunion ausgerichteten Lager und den kapitalistischen Ländern, mit denen Jugoslawien zunehmend enge Beziehungen aufnahm. Die prekäre außenpolitische Lage, die Belgrad durch eine aktive Rolle in der Blockfreien Bewegung zu bessern suchte, wirkte über lange Zeit innenpolitisch als Bindemittel. Innenpolitisch wurde der Gedanke der ArbeiterInnenselbstverwaltung zum Kernelement der eigenen Sozialismus-Konzeption, welche den Belegschaften größere betriebliche Mitentscheidungsmöglichkeiten eröffnete als in anderen staatssozialistischen Ländern. Allerdings konnten unterschiedliche Beschäftigtengruppen diese Möglichkeiten in unterschiedlichem Maße nutzen und entwickelte das Selbstverwaltungssystem bürokratische Schwerfälligkeiten, was in den 1980er Jahre zu zunehmender Entfremdung seitens zumindest relevanten Sektoren der ArbeiterInnenschaft beitrug. Auch die Artikulation mit den staatlichen Organen veränderte sich im Laufe der Zeit (vgl. Samary 1988, Musić 2021). Die Richtung der Entwicklung sowohl der Partei- als auch der Staatsstrukturen gingen tendenziell in eine dezentralisierende Richtung. Einen ersten deutlichen Dezentralisierungsschub gab es Mitte der 1960er Jahre, diese Tendenz verstärkte sich ab Mitte der 1970er Jahre deutlich.

Nach einer Phase raschen Wachstums traten Mitte der 1960er Jahre erste Abschwächungen der Wachstumsdynamik auf. 1965 wurden Wirtschaftsreformen verabschiedet, welche die Rolle des Staates in der Ökonomie reduzierten, speziell die Rolle der Bundesregierung bei der Investitionspolitik abbauten. Die Rolle der Föderation im Bereich der Investitionspolitik wurde auf die Schaffung von Unterstützungsfonds für die weniger entwickelten Regionen zurückgestutzt. Die Marktelemente, Firmen und (dezentralen) Banken wurden gestärkt (Samary 1988: 165 ff.). Tendenziell kam es zu einem Aufstieg liberaler Kader in der Partei, die einerseits eine offenere Form des Umgangs mit gesellschaftlichen Problemen und Konflikten, andererseits auf eine Vertiefung der wirtschaftlichen Liberalisierung setzten. Diese Kräfte hatten Rückhalt vor allem unter UnternehmensdirektorInnen und technokratischen Strukturen, die durch die Wirtschaftsreformen weiter gestärkt wurden (vgl. Kirn 2014: 244). Einher mit der Liberalisierung und tendenziellen Dezentralisierung, welche bereits 1967 die Rolle der Republiken stärkte, aber auch die Kompetenzen der Kommunistischen Parteien in den einzelnen Republiken ausweitete, ging die Stärkung nationalistischer Tendenzen. Speziell in den wohlhabenden Republiken drängten die dominanten Kräfte auf eine weitere Stärkung der Kompetenzen der einzelnen Republiken, so dass diese größere ökonomische Kompetenzen gewannen und stärker über ihre wirtschaftlichen Erträge disponieren konnten. Besonders ausgeprägten Charakter nahm der Nationalismus in Kroatien an. In der armen autonomen Region Kosovo wurde die Forderung nach der Schaffung einer eigenen Republik erhoben (vgl. Samary 1988: 218 ff.). Die Liberalisierung führte zu einer Ausdifferenzierung und zu Unzufriedenheit in den Belegschaften, die sich z.T. in offenen Protesten äußerte (vgl. Musić 2021: 41 ff.). 1968 thematisierten auch die demonstrierenden Studierenden gegen die wachsende Ungleichheit und die „rote Bourgeoisie“ (Kanzleiter 2011).

Die zentrale Führung der Kommunistischen Partei um Tito reagierte auf die liberale und nationalistische Herausforderungen einerseits und die ArbeiterInnen- und StudentInnenproteste andererseits einerseits mit Repressionsmaßnahmen, andererseits durch ein Aufgreifen eines Teils der Forderungen. Die prononciert liberalen Kräfte in den Partei- und Republikführungen Sloweniens, Kroatiens und Serbiens verloren zwar

zu Beginn der 1970er Jahre ihre Ämter, aber mit der Verfassung von 1974 wurde eine radikale Dezentralisierung, oder genauer Republikanisierung, der Staatsstrukturen eingeleitet (Musić 2021: 54 f.). Sie hatte für die weitere Entwicklung der Staatlichkeit Jugoslawiens weitreichende Konsequenzen. Auf die Unzufriedenheit in der ArbeiterInnenenschaft reagierte die Parteiführung mit einer Veränderung des Systems der Arbeiterselbstverwaltung, deren Reichweite und Konsequenzen weit geringer war (vgl. Musić 2021: 55 f., zur Konzeption Kardelj 1978).

Die Republikanisierung der Staatsstrukturen betraf sowohl die staatlichen Institutionen im engeren Sinne als auch die Partei. Die Verfassungsreform von 1974 ging in Richtung einer „Konföderalisierung“ Jugoslawiens (Samary 1988: 247), wenngleich im Staatsnamen der Attribut „föderativ“ für Jugoslawien erhalten blieb und föderale Elemente fortbestanden. Symptomatisch für den Konföderalisierungsprozess war, dass die jugoslawische Staatsbürgerschaft nun der Staatsbürgerschaft der Republiken abgeleitet wurde (Flere/Klanjšek 2017: 118 f.). Für den Kosovo und Vojvodina, deren Status besonders umkämpft war, wurden spezielle Autonomieregelungen innerhalb der Republik Serbien mit Vetomöglichkeiten geschaffen. Damit wurden den Forderungen der Kosovo-AlbanerInnen nach einer eigenen Republik nicht nachgekommen, über die gemeinsame Blockademöglichkeiten der beiden autonomen Regionen innerhalb Serbiens aber ein massives Spannungspotenzial geschaffen. Die Republiken erhielten nach Innen, nicht aber nach Außen die Attribute einer eigenen Staatlichkeit. Dejan Jović (2017: 159) spricht daher von einer „Quasistaatlichkeit“: Institutionell ging es deutlich in die Richtung „konföderaler politischer Institutionen“ (Kirn 2014: 198). Für die Zeit nach Tito wurde das Rotationsprinzip zwischen den Nationalitäten für die Präsidentschaft eingeführt. Der „ethnische Schlüssel“ für die Postenbesetzungen wurde noch bedeutsamer, wobei institutionell der Dominanz einer Nationalität vorgebaut werden sollten. Die Kompetenzen der Republiken und Provinzen, welche die „Föderation“ bildeten wurde deutlich ausgebaut (Samary 1988: 247). Das hatte auch massive budgetäre Konsequenzen. Der Anteil der nicht-zentralen Einheiten an den öffentlichen Einnahmen stieg zwischen 1975 und 1980 steil von 20,0% auf 72,9%. Bis 1990 legt deren Anteil weiter auf 78,1% zu (Flere/Klanjšek 2017: 119, vgl. auch Borak 2002: 102 ff.). Damit waren die budgetären Spielräume der Zentralregierung sehr eingeschränkt. Auch das Bankensystem – einschließlich des Zentralbankensystems – wies einen hohen Grad der Dezentralisierung auf (vgl. Borak 2002: 98 ff., Flere/Klanjšek 2017: 221). Damit waren zentrale Bereiche der Wirtschafts- und Entwicklungspolitik hochgradig republikanisiert. Für die Unterstützung der ärmeren Republiken und Regionen gab es einen eigenen Fonds. Keine der Republiken erlangte einen politisch (oder ökonomisch) dominanten Status in Jugoslawien.

Parallel zu der Republikanisierung der Regierungsstrukturen konsolidierte sich ein Republikanisierungsprozess der Parteistrukturen. Lev Centrih (2014: 16) kennzeichnet den Bund der Kommunisten Jugoslawiens (SKJ) als „eine wahre Föderation von sieben eigenen Bündeln der Kommunisten (die Bündel auf Republikebene plus die kommunistische Organisation in der Armee, jede mit ihrem eigenen Establishment, FührerInnen und Eigeninteressen)“. Die neue Generation von Parteikadern verdankte ihre Macht und ihr Prestige vornehmlich den Republiken, aus denen sie stammten (Centrih 2014: 15). Damit verliefen die Parteikarrieren entscheidend auf Ebene der Republiken. Da die Partei das strategische Entscheidungszentrum darstellte hatte deren „Republikanisierung“ massive Konsequenzen für die gesamte politische Dynamik.

Verstärkung ungleicher Entwicklungsmuster in Jugoslawien

1945 wies Jugoslawien bereits deutlich ungleiche Entwicklungsmuster auf. In der staatssozialistischen Zeit durchlief das Land einen raschen Industrialisierungsprozess, der auch die weniger entwickelten Regionen einschloss. Das Bildungs- und Sozialsystem wurde deutlich ausgebaut, gerade auch in den weniger entwickelten Regionen. In den Wirtschaftsstrukturen wurden allerdings unterschiedliche Entwicklungs- und Spezialisierungsmuster fortgeschrieben. Der Unterschied im Sozialprodukt pro Kopf zwischen der ärmsten Region – Kosovo – und der reichsten Republik (Slowenien) stieg von 1 : 5 im Jahr 1955 auf 1:8 im Jahr 1989 (Uvalic 2021: 16). Insgesamt war in der Zeit des sozialistischen Jugoslawien eine Divergenz in der Entwicklung des BIP pro Kopf zwischen den Republiken wie der Region Kosovo zu konstatieren (Bićanić 2021: 25). Diese Divergenzen schlugen sich auch bei sozio-ökonomischen Indikatoren nieder. Besonders markant war dies bei der Arbeitslosigkeit, wo bereits ab den frühen 1970er Jahren zunehmende Unterschiede zwischen den reicheren Republiken im Norden und den ärmeren Regionen im Süden zu erkennen waren (vgl. Borak 2002: 212, Tab. 9). Die ungleiche Entwicklung war allerdings nicht durch ausgeprägte innere Abhängigkeitsstrukturen gekennzeichnet. Die Aktivitäten der vergesellschafteten Unternehmen konzentrierten sich auf die jeweiligen Republiken, wenn es auch Zulieferbeziehungen über die Republikgrenzen gab. Ausgehend von einem sehr ungleichen Ausgangsniveau bemühten sich die Republiken um autonome Industrialisierungsprozesse, bei denen es aber nicht gelang, die Ungleichheitsmuster innerhalb Jugoslawiens aufzubrechen. Neben der ungleichen Entwicklung innerhalb Jugoslawiens vermochte die Führung des sozialistische Jugoslawien auch ein zweites strukturelles Wirtschaftsproblem nicht zu lösen, die Auslandsabhängigkeit, nicht zuletzt bei Importen.

Jugoslawische Krisen- und Desintegrationsdynamiken

Beide Strukturprobleme wurden in der Verschuldungskrise Jugoslawiens in den 1980er Jahren schlagend. Wie die meisten anderen osteuropäischen staatssozialistischen Länder nutzte auch Jugoslawien die niedrigen Zinsen der 1970er Jahre, um Kredite im Ausland zur Modernisierung des Produktionsapparates und der Versorgung mit Konsumgütern aufzunehmen. Auch die Finanzierung der steigenden Kosten für die Energieimporte spielten eine Rolle. Durch die Erhöhung der US-Zinsen Ende der 1970er Jahre verteuerte sich die Bedienung der Auslandskredite sprunghaft, gleichzeitig war aufgrund der schlechten internationalen Konjunktur Anfang der 1980er Jahre der Export erschwert. Jugoslawien geriet, wie viele Staaten der Peripherie, in die Schuldenklemme. Bereits 1979 schloss Jugoslawien mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) angesichts des zweiten Ölpreisschocks ein Kreditprogramm ab. Mit der Verschärfung der außenwirtschaftlichen Schwierigkeiten und der Verschuldungskrise folgten weitere Abkommen – mit verschärften wirtschaftspolitischen Auflagen (Borak 2002: 150 ff.). Die Programme waren auf eine Verbesserung der Leistungsbilanz mittels einer Reduktion der Binnennachfrage und Importe orientiert (Weissenbacher 2003: 154 ff.). Es kam zu einem Bruch in der Wachstumsdynamik, zeitweilig ging das BIP sogar zurück. Es traten Versorgungsengpässe auf. Die Inflation und Arbeitslosigkeit stiegen stark an. Die Repub-

liken waren von der Krise und Austeritätspolitik unterschiedliche stark betroffen. Tendenziell traf sie die stärker binnenmarktorientierten Republiken stärker. Die Arbeitslosigkeit stieg vor allem in den ärmeren Republiken und Regionen – Makedonien, Montenegro und Kosovo – markant an, während in Slowenien Mitte der 1980er Jahre noch Vollbeschäftigung herrschte.

Der IWF forcierte eine Rezentralisierung der Wirtschaftspolitik, gerade auch in der Frage der Bewirtschaftung der Devisen, was auf Kritik bei den reicheren Republiken stieß (Weissenbacher 2003: 161). Die Republikführungen suchten die Folgen der Krise und Austerität für die eigenen Republiken abzuschwächen. Die ökonomische Verflechtung zwischen den jugoslawischen Republiken ging in den 1970er und 1980er Jahren zurück, der Absatz konzentrierte sich immer mehr auf die jeweils eigene Republik (Borak 2002: 241, Tab. 40). Es kam zu einer dialektischen Entwicklung wirtschaftspolitischer Zentralisation und zunächst schleichender ökonomischer Desintegration. Divergierende Entwicklungsmuster, unterschiedliche Krisenbetroffenheit und Verteilungskonflikte zwischen den Republiken fanden ihren politischen Ausdruck in scharfen Debatten zum Thema „Wer beutet wen aus?“. Hierbei ging es sowohl um die innerjugoslawischen Transferzahlungen, aber auch um internen Terms of Trade (vgl. Madžar 1996, Uvalic 2021: 17).

Aber auch die klassenmäßig Verteilungsfrage wurde artikuliert. Es gab im ganzen Land in den 1980er Jahren Streikwellen, die sich gegen die Austeritätspolitik wandten (Musić 2021: 2 f., 177 ff., 209 ff.). Die Streiks waren „kurz, atomisiert und immer stärker erfolglos“, stellt Vladimir Unkovski-Korica (2015: 40) fest. Sie waren untereinander nicht koordiniert (Musić 2021: 242). Auch wenn das Vertrauen in den Bund der Kommunisten zurückging, erwarteten ArbeiterInnen Ende der 1980er Jahre noch, dass dieser ihre Interessen schützen würde (Musić 2021: 2 f., 257). Real orientierten sich die Parteiführungen unter Einfluss der technokratischen Sektoren, aber auch der Direktoren der noch im gesellschaftlichen Eigentum stehenden Betriebe zunehmend auf eine kapitalistische Transformation. So wandte sich die slowenische Parteiführung gegen die Forderungen der Protestierenden und ließ sie letztlich ins Leere laufen. Allein der serbische Parteiführer Slobodan Milošević griff die Unzufriedenheit der protestierenden ArbeiterInnen auf und suchte sie in sein Projekt einer vorgeblich „anti-bürokratischen Revolution“ zu lenken. In einer Rede vor streikenden ArbeiterInnen erklärte er im Oktober 1988, dass der Kampf gegen Uneinigkeit und eigennützige Bürokratien eine gemeinsame Sache von streikenden ArbeiterInnen, der Bewegung der Kosovo-SerbInnen und der serbischen Führung sei. Die Bürokraten würden das „Volk“ zwischen den Republiken und Provinzen für die Gewinnung von „Status und Positionen“ spalten. Reformen seien wichtig, da sie „das Land integrieren und eine Lage schaffen, in der niemand einen anderen ausbeutet“ (zit. nach Musić 2021: 224). Damit verschob Milošević die Bedeutung des Ausbeutungsbegriffs von einer sozio-ökonomischen auf eine territoriale Ebene. Gleichzeitig gab er den ArbeiterInnen eine Rolle in seinem ökonomischen und politischen Reformprogramm, ohne auf ihre konkreten sozio-ökonomischen Forderungen einzugehen. Angesichts der eigenen Atomisierung als ArbeiterInnen gewannen andere partikularistische Bezugspunkte wie die Nationalität an Bedeutung beim Umgang mit der Krise (Musić 2021: 255).

Ende der 1980er Jahre trat die vielgesichtige Krise Jugoslawiens in ihr entscheidendes Stadium. Die neue Bundesregierung unter der Führung von Ante Marković verabschie-

dete im Hinblick auf ein neues IWF-Abkommen ein weiteres hartes Austeritäts- und neoliberales transformatives Reformprogramm. Hierfür hatte sie zwar den Rückhalt der internationalen Gläubiger, die innerjugoslawische Position der Bundesregierung war aber sehr schwach. Die Bundesinstitutionen waren geschwächt. Die anti-inflationäre Stoßrichtung des Programms war populär, seine sozialen Konsequenzen hingegen nicht. In den neu entstehenden Parteiensystemen der einzelnen Republiken spielten gesamtjugoslawische Kräfte kaum eine Rolle. Ideologisch hatten nationalistische Intellektuelle das Terrain für eine immer schärfere nationalistische Wende bereitet. Sichtbarkeit erlangte als gesamtjugoslawische orientierte Kraft primär die von linken und linksliberalen Intellektuellen gegründete Udruženje za jugoslovensku demokratsku inicijativu (UJDI) für eine demokratische jugoslawische Alternative. Sie unterstützte das Wirtschaftsprogramm von Marković (Spaskovska 2015: 42). Da sich die Wirtschaftslage weiter verschlechterte und das Programm auf die Entwicklungsprobleme keine Antwort hatte, stärkte diese Positionierung die Popularität der UJDI kaum. Sie blieb isoliert, brachte später aber wichtige Friedens- und MenschenrechtsaktivistInnen hervor.

Die Führungen der Republiken, bei denen nach Mehrparteienwahlen zum Teil rechtsnationalistische Kräfte zum Zuge kamen, hatten unterschiedliche und konfligierende Konzeptionen. Hier ging es vor allem um die Frage der Form der Staatlichkeit und die Aufteilung der Kompetenzen. Hauptprotagonisten des Konflikts waren die Republikführungen Sloweniens (zunehmend mit Kroatien als Verbündetem) einerseits und Serbien andererseits. Die slowenische Seite befürwortete eine lose Konföderation mit umfassenden Kompetenzen für die Republiken, nicht zuletzt in der wirtschaftlichen Sphäre (vgl. Borak 2002: 187 ff.). Die reichen Republiken wollten sich von der Last der Peripherie befreien. Die slowenische Partei- und Republikführung orientierte sich explizit auf die EU. Slowenien wies auch engere ökonomische Verbindungen in die EU auf als die anderen Republiken. Die serbische Partei- und Republikführung setzte hingegen auf eine Stärkung der Föderation – und der Rolle Serbiens darin. Als Ersatzlösung hatte sie aber auch eine serbische Staatlichkeit im Spiel (vgl. Jović 2017: 50). Zudem ging die serbische Führung massiv gegen die Autonomieregelung für den Kosovo (und die Vojvodina) vor und schränkte sie 1989 stark ein. Serbien war wirtschaftlich stärker binnenorientiert als die anderen Republiken, die EU-Option spielte hier keine wesentliche Rolle. In jahrelangen Debatten über eine Veränderung der Verfassung konnte kein Konsens über eine veränderte Form der jugoslawischen Staatsordnung gefunden werden. Stattdessen begannen die Republiken ihrer eigenen Verfassung im Sinne ihrer jeweiligen Staatsprojekte zu novellieren (vgl. Borak 2002: 171 ff.). Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung wurde zum Teil offen unterlaufen. Die Republiken, speziell Slowenien, Kroatien und Serbien, ergriffen wirtschaftliche Protektionsmaßnahmen und zerschlugen damit auch faktisch die „Einheit des jugoslawischen Marktes“ (Borak 2002: 184). Der Konflikt zwischen Slowenien und Serbien kulminierte 1989 in wirtschaftlichen Boykott- und Sanktionsmaßnahmen (Repe/Kerec 2017: 33 f.). Gemeinsam hatten die dominanten Kräfte in den Republiken allerdings das Interesse, die anlaufenden „Strategien der Privatisierung und der Eingliederung in die kapitalistische Welt zu kontrollieren“ (Samary 2008: 56).

Als erste Säule des Staates zerfiel die Kommunistische Partei (Centrih 2014: 15), als auf dem 14. Parteitag im Jänner 1990 die slowenische Delegation auszog. Die Regierungsstrukturen folgten. Erst gab Referenden, bei denen zum Teil die Option eines

Zusammenschlusses mit anderen Republiken nicht ausgeschlossen wurde (Flere/Klanjšek 2017: 116, Tab. A). Als erste Republik erklärte Slowenien am 25. Juni 1991 die Unabhängigkeit. Ein teils auch mit militärischen Konflikten verbundener Desintegrationsprozess des jugoslawischen Staates trat damit in seine letzte Phase ein. Drei weitere Republiken, Kroatien, Bosnien und Herzegowina sowie Makedonien, folgten dem slowenischen Beispiel noch in den 1990er Jahren.

Das internationale Umfeld begünstigte den Desintegrationsprozess. Mit dem Ende des Kalten Krieges verlor Jugoslawien seine Sonderstellung in Europa, äußerer Druck als innerer Kohäsionsfaktor entfiel. Der IWF und die Gläubiger forderten zwar die Stärkung der Zentralregierung, förderten aber durch ihre Programme Desintegrationstendenzen (vgl. Weissenbacher 2003). Die westlichen Länder verhielten sich anfangs zum Desintegrationsprozess uneinheitlich (vgl. Woodward 1995: 148 ff.). Die deutsche Bundesregierung profilierte sich in der EU zunehmend deutlich als Befürworter einer Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens. Sie preschte bei deren Anerkennung in der EU auch vor (Weissenbacher 2005, Abschnitt VIII). Mit dieser Profilierung als eigenständige Macht desavouierte die deutsche Bundesregierung die EU-Bemühungen um eine gemeinsame EU-Positionierung und beschnitt damit die Möglichkeiten der EU auf den Zerfallsprozess Jugoslawiens noch moderierend einzuwirken. Im Verlauf des Desintegrationsprozesses positionierten sich die westlichen Länder zunehmend einheitlich gegen Serbien, das in den 1990er Jahren außenpolitisch auf Distanz zur EU und den westlichen Ländern hielt. Sie unterstützten den friedlichen Austritt Montenegro aus dem rest-jugoslawischen Bund mit Serbien im Jahr 2006. Im Fall des Kosovo intervenierten die westlichen Länder 1999 gegen Serbien, was zu einer faktischen Abspaltung des Kosovo und der Einrichtung eines Protektorats führte. 2008 erklärte der Kosovo mit Unterstützung der wichtigsten westlichen Länder einseitig die Unabhängigkeit, aber nicht alle EU-Länder haben diese anerkannt. Spanien, Rumänien, Griechenland, die Slowakei und Zypern erkennen sie als möglichen Präzedenzfall für einseitige Unabhängigkeitsbestrebungen von Minderheiten nicht an.

Sozio-ökonomische Folgen von staatlicher Separierung, Veränderung der staatlichen Selektivität und kapitalistischer Transformation

Aus Sicht der dominanten Kräfte in den damaligen jugoslawischen Republiken waren die Projekte der Herauslösung aus Jugoslawien insofern erfolgreich, als sie maßgeblichen Einfluss auf die Prozesse der Privatisierung und Herausbildung einer neuen einheimischen Kapitalistenklasse nehmen konnten. Letztere zeichnet sich – mit der partiellen Ausnahme Sloweniens – durch eine starke oligarchische Prägung mit engen Verbindungen zwischen einzelnen Großunternehmern – in der Region als Tajkuni bezeichnet – und den politischen Kräften aus (vgl. Becker 2015: 422 ff.). Entsprechend der peripheren Stellung der Ökonomien sind sie eher im Handel, Immobiliensektor und anderen Dienstleistungen, teils auch in der Nahrungsmittelindustrie zu finden. Die Kommandohöhen der Ökonomien gingen, nicht zuletzt unter dem Einfluss von EU-Beitritts- und Assoziationsgesprächen – an das Auslandskapital, speziell der Bankensektor (vgl. Becker 2019a: 197, 203). Die ArbeiterInnenschaft ist politisch weitgehend marginalisiert. Allein in Slowenien vermochten sich die Gewerkschaften zu Beginn der

1990er Jahre eine substanzielle institutionalisierte Mitsprache in Form neo-korporatistischer Konzertierung erkämpfen – allerdings blieben die Gewerkschaften anders als in westeuropäischen Ländern mit neo-korporatistischen Arrangements ohne parteipolitische Bündnispartner. Seit dem EU-Beitritt ist der slowenische Neo-Korporatismus stark erodiert (vgl. Podvršič i.E.). Der Doppelprozess von kapitalistischer Transformation und staatlicher Unabhängigkeit hat nicht nur eine neue Eigentumsstruktur, sondern auch eine deutlich stärker polarisierte Einkommensverteilung in der Region mit sich gebracht. Der Einkommensanteil des obersten Prozents (vor Steuern) ist deutlich gewachsen, in den beiden Extremfällen – den EU-Mitgliedern Kroatien und Slowenien – hat er sich fast verdoppelt. Spiegelbildlich haben die untersten 40% Einkommensanteile verloren, außer in Kroatien, wo die Umverteilung zu Lasten der mittleren Einkommen ging (Jovanović 2021).

Des- und Re-Integration im post-jugoslawischen Raum

Mit den Separierungsprozessen von Jugoslawien war die Dialektik von Integration und Desintegration im post-jugoslawischen Raum nicht an ihr Ende gekommen. Slowenien und Kroatien sind der EU 2004 bzw. 2013 beigetreten. Die anderen Staaten haben Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU abgeschlossen, die – formal mit, real aber ohne Beitrittsperspektive – eine teilweise Übernahme des *Acquis Communautaire* beinhalten und die ökonomische Orientierung auf die EU zementieren. Sie sind also untergeordnet in die Einfluss-Sphäre der EU inkorporiert. Insofern kann von einer untergeordneten Re-Integration gesprochen werden. Der Kosovo sowie Bosnien und Herzegowina haben seit Ende der militärischen Konflikte Elemente eines internationalen Protektorats. Die Spannungen innerhalb Bosnien und Herzegowinas, das in seiner komplizierten Staatsstruktur an ein Jugoslawien im Kleinen erinnert, dauern an. Die Grenzziehungen in Ex-Jugoslawien sind erst jüngst wieder ein Thema in der EU geworden. Es wurde im April 2021 ein slowenisches Non-Paper mit Adressat Brüssel bekannt, in dem mit der Prämisse „ungelöster nationaler Fragen der Serben, Albaner und Kroaten“ eine Aufspaltung Bosnien und Herzegowinas (in verschiedenen Varianten) und eine Vereinigung zwischen dem Kosovo und Albanien ventiliert wird (abgedruckt in Cirman/Vuković 2021). Slowenische Regierungskreise nahmen offenbar auch entsprechende Sondierungen vor, speziell in Bosnien und Herzegowina, aber auch in Nord-Makedonien mit seiner substanziellen albanischen Minderheit gab es heftige Kritik. Derartige weitere Veränderungen der Staatlichkeit mit Elementen der Desintegration (vor allem Bosnien und Herzegowina) und Neu-Integration (Albanien und Kosovo, ggf. Teile von Bosnien und Herzegowina an Serbien und Kroatien) läge in der Logik der Separierungskonflikte Jugoslawiens mit ihrer Orientierung auf die Bildung von ethnisch-„reinen“ Territorialstaaten und würde eine neue Konfliktrunde einläuten. Die EU-Mitgliedsländer haben sich sehr zurückhaltend zu dem Non-Paper geäußert, eine gemeinsame Stellungnahme der EU gab es nicht (Czarnowska 2021: 7). Dies lässt darauf schließen, dass es auch keine gemeinsame Position in der EU zu dieser Frage gibt. Ähnlich wie in den späten 1980er Jahren in Jugoslawien gehen die späteren Desintegrationstendenzen im post-jugoslawischen Raum von Sektoren der dominanten Kräfte aus. Insofern gibt es eine Kontinuität. In den ärmeren Nachfolgestaaten bieten prekäre

staatliche Strukturen in Verbindung mit schwachen ökonomischen Strukturen einen zumindest potenziellen Resonanzraum für territoriale Restrukturierungsprozesse. Ein dominantes Thema sind sie – anders als in den späten 1980er Jahren – nicht.

EU: Expansion und Spannungen eines spätkapitalistischen Imperiums

Die EU wurde 1957 als Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gegründet. Die Impulse zur Integration kamen nicht allein von europäischen Staaten, sondern auch von den USA. Das Integrationsprojekt war ein Kind des Kalten Krieges und sollte in der Systemkonkurrenz mit den staatssozialistischen Ländern die westeuropäischen Ökonomien stärken.

Die Anfänge waren modest, allerdings war das Projekt auf Vertiefung und Erweiterung angelegt. Im Laufe der Zeit erwarb das europäische Integrationsprojekt immer mehr Attribute der Staatlichkeit, wie zum Beispiel eigene Rechtsschaffung und Rechtsprechung, eine eigene Währung (allerdings nicht für alle Mitglieder; vgl. Ziltener 1999). Sehr schwach ist die Staatlichkeit der EU auf der europäischen Ebene bei den Repressionskräften als Ausdruck des staatlichen Gewaltmonopols und fiskalisch. Hierin liegen deutliche Unterschiede zur Jugoslawien.

Die EU-Staatlichkeit hat Formen eines Imperiums (vgl. Streeck 2021: 331 ff., mit anderen Merkmalen auch Zielonka 2007). Denn mit ihrer expliziten Orientierung auf eine Erweiterung sind die Grenzen der EU veränderbar (vgl. Zielonka 2007: 171 ff.). Politisch und institutionell hat sich die EU auf eine Erweiterung orientiert, in den Lissabon-Vertrag von 2009 wurde aber auch eine Austrittsklausel, wie sie bei Konföderationen vorgesehen ist (vgl. Streeck 2021: 226), eingefügt. Jenseits ihrer eigenen Grenzen hat sich die EU immer mehr auf die Schaffung einer eigenen Einfluss-Sphäre orientiert, wobei dieser Einfluss in den Nachbarregionen über Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen formalisiert worden ist. Hierbei übernehmen die über solche Abkommen mit der EU verbundenen Staaten Teile des EU-Rechtsbestandes.

Die EU weist als Kennzeichen eines spätkapitalistischen Imperiums auch deutliche – und sich verstärkende – Machtasymmetrien zwischen Zentrum und Peripherie sowohl innerhalb ihrer Grenzen als auch bezogen auf ihre Einfluss-Sphäre auf. Das politisch vorwärtstreibende Tandem – eine Art informelles politisches Zentrum – ist hierbei durch Deutschland und Frankreich gebildet worden. Allerdings sind im Gefolge der deutschen Vereinigung, der Bildung und Krise der Eurozone zwischen Deutschland und Frankreich selbst zunehmende Machtasymmetrien und teils auch Differenzierungen im Hinblick auf das Integrationsprojekt zu Tage getreten (vgl. Streeck 2021: 338 ff., vgl. auch Stark 2021: 185 ff.). Deutschland ist zunehmend zur dominanten Macht in der EU geworden. Der neomerkantilistische, auf Waren- und Kapitalexport gerichtete Block ist in Deutschland hegemonial. In Frankreich haben die dominanten Kräfte ein Problem, einen hegemoniefähigen neoliberalen Block zu bilden, der mit den deutschen neoliberalen Vorstellungen gut harmoniert (vgl. Amable/Palombarini 2017). Für ein Imperium ist auch die Durchsetzung der Vorstellungen des Zentrums gegenüber der Peripherie eine zentrale Stabilitätsbedingung (vgl. Streeck 2021: 339 ff.). Für die EU stellt sich die Frage einer mit den Zentrumsvorstellungen konformen Politik sowohl innerhalb der EU als auch gegenüber ihrer äußeren Peripherie. Die EU hat sich sukzes-

sive in die Peripherie erweitert – in den 1980er Jahren in Südeuropa, nach der Implosion des Staatssozialismus in Osteuropa. Im östlichen Europa ist gleichzeitig auch die Einfluss-Sphäre über die EU-Mitglieder hinaus ausgeweitet worden. Mit dem Ende des Staatssozialismus hat die EU ihre externen Systemgegner als inneres Kohäsionsmittel verloren, gleichzeitig fand eine deutliche Entgrenzung statt.

Die Disziplinierung erfolgt in der inneren und äußeren Peripherie in unterschiedlichen Konstellationen und Formen. Die EU-Mitglieder haben Kompetenzen an die EU übertragen, insofern ist ihre nationale Souveränität eingeschränkt. Vor allem mit der Schaffung der Eurozone – und beschleunigt nach deren Krise – hat die EU Disziplinierungsinstrumente, die zunehmend mit finanziellen Sanktionen bewehrt sind, geschaffen (vgl. Klatzer/Schlager 2011). Gegenüber assoziierten Staaten läuft Disziplinierung über finanzielle Fragen, aber auch über das mit im Laufe der Zeit mit verschärften Bedingungen verknüpften Beitrittsversprechen (vgl. Vachudova 2005, Ješe Perković 2016). Derzeit wird das Beitrittsversprechen unter den (potenziellen) Kandidatenstaaten im post-jugoslawischen Raum als immer weniger real wahrgenommen, was dessen disziplinierende Wirkung mindert (vgl. Ješe Perković 2016: 213 ff.).

Im Inneren stellt sich das Institutionengefüge als ambivalent dar. Es gibt sowohl supranationale als auch zwischenstaatliche Institutionen. Damit sind institutionalisierte Unionsinteressen und nationaler Einfluss, der speziell über den Rat ausgeübt wird, in komplizierter Weise austariert. Bereits in der Gründungsphase waren die (überwiegend christdemokratischen) Gründern von Skepsis gegenüber demokratischen Beteiligungsverfahren gekennzeichnet (Müller 2012). Institutionell findet diese Skepsis in einem Überhang von Exekutivstrukturen – einerseits der supranationalen Europäischen Kommission mit Kompetenzen in der Rechtsschaffung (Initiativrecht), Umsetzung der Politik und der Durchsetzung der Verträge, andererseits des Rates – ihren Ausdruck (vgl. van Middelaar 2016: 91 ff.). Trotz schrittweiser Aufwertung spielt das Europäische Parlament eine sekundäre Rolle. Weiters sind mit der Vertiefung der EU und ihrer zunehmenden neoliberalen Orientierung einer demokratischen Kontrolle nicht unterliegende Institutionen (wie die Europäische Zentralbank) geschaffen und aufgewertet worden (vgl. Vauchez 2014). Eine zentrale Rolle nimmt in dem Dispositiv auch der Europäische Gerichtshof ein. Aufgrund der Exekutivlastigkeit des institutionellen Dispositivs haben soziale Bewegungen nur vergleichsweise wenig Einflussmöglichkeiten auf die Politikformulierung der EU. Die „strategische Selektivität“ der EU-Institutionen wirkt zugunsten des internationalisierten Kapitals und schränkt den Einfluss der populären Klassen klar ein. Aufgrund dieser besonders zugunsten des transnationalen Kapitals ausfallenden strategischen Selektivität, sieht Ziltener (2000: 94) „auch eine Reihe von Hinweisen dafür, dass sich nationale politische Eliten der europäischen Ebene bedienen, um innenpolitisch schwer oder nicht durchsetzbare Projekte zu implementieren.“

Rechtlich fußt die EU auf Verträgen, nicht auf einer Verfassung. Mitte der 2000er Jahre gab es eine Initiative, dieses Legitimitätsdefizit abzumildern und so etwas wie eine EU-Verfassung zu schaffen. Der Verfassungsentwurf mit seiner weiter verstärkten Institutionalisierung neoliberaler Regulierungsmuster wurde 2005 bei Referenden in zwei Gründungsmitgliedern – Frankreich und den Niederlanden – klar abgelehnt, was auch als Votum gegen die Richtung der Integrationspolitik zu werten ist. Der Ausgang der Referenden zeigte bereits einen Legitimitätsverlust der EU und ihren strategisch popu-

lare Interessen ausfilternden Institutionen an. Dies führte nicht zu einer Modifikation des Entwurfs. Stattdessen wurden die Kernelemente des Verfassungsentwurfs dann in einem neuen EU-Vertrag nach altem Muster der Fortschreibung der EU-Rechtsgrundlagen festgeschrieben.

Auf der Vertragsgrundlage ruht die Schaffung sekundären europäischen Rechts. In zwei Urteilen entschied der Europäische Gerichtshof Anfang der 1960er Jahre zunächst, dass das europäische Recht unmittelbar anwendbar sei und dann dass es gegenüber der nationalen Gesetzgebung, auch den nationalen Verfassungen Vorrang, habe. Dies kann für Grimm (2016: 13) als „Konstitutionalisierung“ der Verträge“ gedeutet werden. Damit gewann der EuGH einen deutlichen Einfluss auf die Integrationsdynamik, den er fußend auf Verträgen, in deren Zentrum wirtschaftliche Freiheiten stehen, in Richtung auf (nationale) Re-Regulierungsverbote interpretiert (vgl. Grimm 2016: 13 f.). Die Verrechtlichung der Politik ist ein neoliberales Politikmuster. In den letzten Jahren haben sich an der Frage der Grenzen des Mandats des EuGH und dem Vorrang des EU-Rechtes Konflikte zwischen zentralen EU-Institutionen und auf größere Eigenständigkeit pochenden nationalen Regierungen entzündet.

Zentrale Etappen bei der Vertiefung der Integration und Veränderung der Staatlichkeit waren das 1986 lancierte Binnenmarktprojekt und die im Maastricht-Vertrag von 1992 festgeschriebene Währungsunion. Beides waren in gewissen Konsequenzen der Krisen und Umbruchprozesse Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre. Das Binnenmarktprojekt akkomodierte mit der Etablierung der vier Freiheiten, speziell der Kapitalverkehrsfreiheit, die Anti-Krisenstrategien des Großkapitals, die auf Internationalisierung der Produktion und Finanzialisierung setzten. Speziell durch die Kapitalverkehrsfreiheit wurde die Balance zwischen Kapital und Arbeit verschoben, da Produktion leichter an Standorte mit niedrigen Lohnkosten verlagert werden konnte und die Mitgliedsstaaten in eine verstärkte Regulierungs- und Steuerkonkurrenz nach unten gesetzt wurden. Die Währungsunion war eine Reaktion auf die Auflösung des Bretton Woods-Systems und die damit verbundene Freigabe von Wechselkursen, auf die zuvor mit dem Versuch der Etablierung eines Europäischen Währungssystem mit relativ fixen Wechselkursen reagiert worden war. Mit der Währungsunion erhielt eine regelgebundene Wirtschaftspolitik mit der Einführung restriktiver budgetpolitischer Kriterien (zunächst für den Beitritt, später als Richtmarken für den laufenden Betrieb) entsprechend neoliberaler Rezepte (und den deutschen Wünschen entsprechend) einen Schub. Die Währungsunion wurde nicht durch einen korrespondierenden Ausbau der fiskalischen Strukturen auf EU-Ebene ergänzt. Damit ist die Währungsunion fiskalisch unzureichend abgestützt. Auch wurde die EZB nicht klar zu einem „Lender of Last Resort“. Damit ist die Währungsunion institutionell sehr krisenanfällig. Den Mitgliedsstaaten tritt der Euro, obgleich er eine gemeinschaftliche Währung ist, als Fremdwährung gegenüber (vgl. Aglietta 2014: 66). Außerdem wurde durch die Währungsunion die EU institutionell in einem Kernbereich ausdifferenziert. Um den Kreis der Mitglieder gab es erhebliche Konflikte. In Deutschland gab es in der CDU/CSU starke Bestrebungen, wie sie Wolfgang Schäuble und Karl Lamers 1994 in Papier auf den Punkt brachten, die Mitgliedschaft zunächst auf einen kleinen und homogenen Kern zu begrenzen – auch ohne das EWG-Gründungsmitglied Italien. Erst später sollte eine allmähliche Ausweitung stattfinden. Für Schäuble und Lamers sollte die „Währungsunion der harte Kern der Politischen Union“ (CDU/CSU-Fraktion im deutschen Bundestag 1994: 6) sein. Da-

mit war eine Kerneuropa-Konzeption formuliert, bei der sich um den Kern weitere Ringe gruppieren würden. Gegen diese Kerneuropa-Konzeption gab es starke Widerstände in der EU. Letztlich wurde die Eurozone für einen breiten Mitgliederpreis geöffnet – allerdings in einem engen neoliberalen Konzept. Die Ausdifferenzierung blieb aber grundsätzlich bestehen. Großbritannien beteiligte mit dem zentralen Finanzplatz London, dem an einem engen Konnex zu den nationalen Geldbehörden gelegen war, nicht an der Eurozone und erwirkte, wie Dänemark, eine dauerhafte Ausnahmeregelung. In Schweden endete 2003 ein Referendum mit einem „Nein“ zur Eurozone. Faktisch haben sich inzwischen auch einige osteuropäische Länder – Ungarn, Polen, die Tschechische Republik – entschieden, zumindest vorerst außerhalb der Eurozone zu verbleiben, um nationale geld- und währungspolitische Handlungsspielräume zu wahren. Andere osteuropäische Länder erfüllen nicht die Beitrittskriterien.

Die regelgebundene, de-politisierende Wirtschaftspolitik hat faktisch zu einer Zentralisierung bei der EU (und einer wirtschaftspolitischen Entdemokratisierung) geführt, wobei im Fall größerer Krisen, die eine ereignisbezogene Reaktion erfordern, den (zentralen) Mitgliedsstaaten nach wie vor eine zentrale Rolle zukommt (vgl. van Middelaar 2017, van Middelaar 2021: 129 ff.). Diese Zentralisierung ist im Fall der Eurozonen-Länder noch ausgeprägter als in Bezug auf die Staaten, die nicht Mitglied der Eurozone sind. Speziell das Krisenmanagement seit der Großen Finanzkrise 2008 ff., die als ein Element die Eurozonen-Krise hatte, hat zu einer Zentralisierung der Wirtschaftspolitik über verschärfte Governance-Strukturen und Interventionen seitens des Rates der Finanzminister (Ecofin) und einer Aufwertung der Rolle der EZB geführt. Im monetären Krisenmanagement nimmt die EZB eine zunehmend autonome (und damit europäisierende) Rolle ein (vgl. van Middelaar 2021: 121). Das bedeutet gleichzeitig, dass die Nicht-Eurozonen-Länder, darunter Großbritannien als ein wichtiges Mitgliedsland, politisch marginalisiert wurden (vgl. Anderson 2021: 222 f.). Eine solche institutionelle Ausdifferenzierung bestand in Jugoslawien nicht – und ist als eine zentrale potenzielle Bruchlinie in der EU zu werten. Gleichzeitig sind asymmetrische wirtschafts- und sozialpolitische Interventionsstrukturen gegenüber Peripherieländern, die jenseits der Verträge angesiedelt sind (vgl. Varoufakis 2017: 447, McBride/Schnittker 2021: 131), geschaffen worden. Weisen Jugoslawien und die EU auch beide Spannungslinien zwischen armen und reichen Mitgliedsrepubliken bzw. –staaten auf, so hat die EU für die Bearbeitung des Spannungs- und Konfliktfeldes zwischen Zentrum und Peripherie, speziell in Bezug auf die Eurozone, als Imperium Disziplinierungsinstrumente in Form von faktischen Strukturanpassungsprogrammen geschaffen, wie sie Jugoslawien als stärker egalitäre Form der Staatlichkeit mit einer Mischung von Föderation und Konföderation nicht kannte. Gleichzeitig gibt es in der EU institutionelle Ausdifferenzierungen – speziell entlang monetärer Grenzen – wie sie Jugoslawien nicht aufwies. Die Entwicklung der Staatlichkeit ist in der EU durch eine Mischung von Zentralisierung und institutioneller Ausdifferenzierung gekennzeichnet. Im Hinblick auf Zentralisierung und Dezentralisierung sind unterschiedliche Dynamiken in der EU und Jugoslawien erkennbar. Mit der institutionellen Ausdifferenzierung – speziell zwischen Ländern mit und ohne Euro – ist in der EU eine Grenzlinie entstanden, die Jugoslawien so nicht kannte und potenziell Ansatzpunkte für Desintegrationsdynamiken bietet.

Zentrum und Peripherien in der EU

Während in Jugoslawien die regionale Ungleichheit innerhalb der bestehenden territorialen Grenzen schon zu Beginn hoch war und dann weiter zunahm, so wies die Gründungs-EWG nur eine relativ beschränkte Peripherie, vor allem in Italien, auf. Die Heterogenität nahm durch die sukzessive Aufnahme von Staaten der Peripherie – zunächst im Süden, dann im Osten – zu. Derzeit beträgt Verhältnis beim BIP/Pro-Kopf zwischen den reichsten EU-Land, Luxemburg, und dem ärmsten, Bulgarien, 12,3 zu 1, bei Einbeziehung der Kaufkraft-Paritäten immer noch 4,8 zu 1 (tradingeconomics.com 2021a & 2021b). In den südeuropäischen Ländern zogen der Wegfall zentraler Protektionsmechanismen nach dem Beitritt rasch eine De-Industrialisierung nach sich. In Osteuropa kam es in Folge der kapitalistischen Transformation und der asymmetrischen Öffnung speziell gegenüber der EU zu Beginn der 1990er Jahren zu einer sehr markanten De-Industrialisierung. Die zentralosteuropäischen Länder wurden mit der sich abzeichnenden Integration in die EU immer stärker in den durch das deutsche Produkktivsystem integriert und erfuhren eine exportorientierte, abhängige Re-Industrialisierung, während Teile der der Baltischen Länder und Südosteuropas deindustrialisiert blieben (vgl. Becker 2019a). Seit Ende der 1990er Jahre veränderten sich damit die handelsmäßigen und industriellen Verflechtungsmuster in der EU. Deutschland wurde immer deutlicher zum industriellen Zentrum in der EU (Stöllinger et al. 2018: 39). Die Bedeutung des um Deutschland gruppierten zentraleuropäischen Blocks (der auch Österreich einschließt) ist gewachsen. Die Rolle der (de-industrialisierenden) Länder Südeuropas in den industriellen Wertschöpfungsketten, aber auch im intra-europäischen Handel war rückläufig, wobei sich diese Tendenzen im Fall von Griechenland und Spanien sogar noch beschleunigte (vgl. Stöllinger et al. 2018: 20 ff., Celi et al. 2020 64 ff.). Insofern verschoben sich im produktiven Bereich die Gewichte zwischen der süd- und zentralosteuropäischen Peripherie. Relativ an Bedeutung in den industriellen Wertschöpfungsketten verloren auch die de-industrialisierenden Ökonomien der nordwestlichen EU, gerade Frankreich und Großbritannien (Stöllinger et al. 2018: 20 ff.). Vergleicht man die großen damaligen EU-Länder Deutschland, Frankreich und Großbritannien im Jahr 2014, so fällt auf das Deutschland bei den Wertschöpfungsketten besondere Verdichtungen nach Zentralosteuropa und Frankreich nach Südeuropa aufweisen, abgesehen von der Nachbarinsel Irland eine solche regionale Verdichtung bei Großbritannien nicht zu erkennen ist (Stöllinger et al. 2018: 31 f.). Unter den großen EU-Ländern war 2014 auch die Bedeutung des Handels in regionalen Wertschöpfungsketten in Großbritannien am geringsten und im Vergleich zum Jahr 2000 auch besonders stark rückläufig (Stöllinger et al. 2018: 29, Abb. 14). Insofern wurde Großbritannien im industriellen Bereich randständig. Insgesamt ist mithin eine industrielle Polarisierung mit einer Zentrierung auf Deutschland und einen relativen Bedeutungsverlust und Abstieg der anderen großen Zentrumsländer und einer Marginalisierung der südeuropäischen de-industrialisierten Eurozonen-Länder zu erkennen. Seit der großen Finanzkrise von 2008 ff. ist ein signifikanter relativer Bedeutungsverlust des Inner-EU-Handels zu konstatieren (Celi et al. 2020: 169).

Die Veränderungen der in den industriellen Verflechtungs- und Handelsmustern sind Teil einer Verschiebungen der europäischen Arbeitsteilung und von Veränderungen in den Akkumulationsregimen. Im deutschen Fall ist seit Beginn der Eurozone eine

Vertiefung des neo-merkantilistischen Akkumulationsregimes mit dem Akzent auf industrieller Exportproduktion und einer eher außenorientierten Finanzialisierung, die mit signifikantem Kapitalexport einhergeht, zu erkennen. Eng in das deutsche Produktionssystem sind einzelne Zentrumsländer (wie speziell Österreich), seit Ende der 1990er Jahre aber vor allem auch die zentralosteuropäische Peripherie eingebunden (vgl. Celi et al. 2020: 136 ff., 152 ff.). Deutschland zeichnet sich unter den Zentrumsländern durch eine besonders starke Akzentuierung der verarbeitenden Industrie aus, Österreich ist in der Hinsicht noch am nächsten am deutschen Profil (vgl. Weissenbacher 2019a: 243, Tab. 8.8). Dafür ist in den anderen Zentrumstaaten, speziell den Niederlanden und Skandinavien, die innere Finanzialisierung deutlich stärker ausgeprägt (Weissenbacher 2019a: 267, Tab. 8.16).

Die EU weist inzwischen zwei unterschiedliche Peripherien auf: eine industrialisierte und eine deindustrialisierte (vgl. Stockhammer et al. 2016, Gräbner et al. 2018, Weissenbacher et al. 2019: 267 ff.). Die industrialisierte Peripherie ist einerseits durch eine untergeordnete Einordnung in die auf Deutschland zentrierten industriellen Produktionsketten, andererseits durch eine abhängige Finanzialisierung, die sich durch eine starke Präsenz ausländischer Banken und durch eine starke Ausrichtung des Bankengeschäfts auf Haushaltskredite auszeichnet, gekennzeichnet (vgl. Becker 2019a, Stockhammer et al. 2016). Durch die Krise von 2008 ff. hat die industrielle Exportproduktion nur einen vorübergehenden Dämpfer erhalten. Bei den meisten zentralosteuropäischen Ländern hat sich die Finanzialisierung bei den Haushaltskrediten fast ununterbrochen fortgesetzt. Allein in Ungarn und Slowenien hat es wegen hoher Devisenverschuldung bzw. hoher Unternehmensverschuldung infolge der Krise von 2008 ff. eine vorübergehende Definanzialisierung gegeben. Insoweit die Banken auf internationale Refinanzierungen angewiesen waren, so erfolgten diese (außer bis vor kurzem in Slowenien) über die Mutterbanken. Die außenorientierte Finanzialisierung Österreichs ist verhältnismäßig stark durch das Osteuropa-Geschäft der Banken gekennzeichnet.

Die deindustrialisierte Peripherie der EU besteht aus südeuropäischen Eurozoneländern (Griechenland, Spanien, Portugal), Baltischen Ländern und Teilen Südosteuropas. Die südeuropäische Deindustrialisierung gewann bereits durch den Verlust an Protektionsmöglichkeiten mit dem EU-Beitritt an Dynamik. Der Verlust an Protektionsmöglichkeiten wurde nicht durch ausreichende regional- und industriepolitische Initiativen der EU, die nicht im ökonomischen Interesse der deutschen Industrie lagen, kompensiert. Die deindustrialisierende Dynamik wurde durch den Wegfall der letzten wesentlichen Protektionsmöglichkeit, der Abwertung, im Rahmen des Beitritts zur Eurozone verfestigt. Sie geht mit strukturellen Handelsbilanzdefiziten einher. Gleichzeitig stimulierte die Eurozone durch verbilligten Zugang zu internationalen Krediten die abhängige Finanzialisierung. Sie zeichnete sie sich durch einen hohen Anteil an Haushaltskrediten, speziell für Immobilien, und bis zur großen internationalen Finanzkrise durch massive externe Refinanzierung aus. Speziell Banken aus Deutschland, Frankreich und den Benelux-Ländern vergaben vor 2008 im großen Stil Kredite an südeuropäische Länder (Lapavistas et al. 2012: 79 ff., Celi et al. 2020: 127 ff.). Durch die externe Verschuldung wurden auch die zeitweise sehr hohen Leistungsbilanzdefizite – und damit auch die deutschen Exportüberschüsse in der Region – finanziert. In der osteuropäischen deindustrialisierten Peripherie erfolgte die rapide Deindustrialisierung primär in der Transformationskrise der frühen 1990er Jahre. Die abhängige Finanziali-

sierung gewann von einem sehr niedrigen Ausgangsniveau hier erst in den 2000er Jahren an Schwung und war hochgradig auf externe Kredite angewiesen. Die Leistungsbilanzdefizite erreichten vor 2008 Rekordhöhen mit teils um die 20% des BIP (Becker 2010: 524). Die internationale Finanzkrise von 2008 ff. traf die deindustrialisierten, finanzierten Ökonomien sehr stark. Gerade sehr schwach industrialisierte Länder wurden sehr stark getroffen. In den Mittelmeerländern akzentuierte sich in Gefolge der Krise von 2008 ff. die Orientierung auf den Tourismus. Dies erwies sich mit den Reisebeschränkungen in der Pandemie von 2020 ff. als besonderes Handicap für die Region (Becker 2020: 123).

Eine spezifische Rolle nehmen in der EU-Arbeitsteilung Frankreich und Italien ein. Beide Länder sind durch eine ausgeprägt ungleiche Entwicklung im Inneren gekennzeichnet. Im Gegensatz zu Deutschland und anderen Zentrumsländern verzeichneten sie nach dem Eurozonen-Beitritt keine Leistungsbilanzüberschüsse. Beide Länder, speziell Italien, verzeichneten seit Beginn der Eurozone eine signifikante Deindustrialisierung. In Italien ist der Industriesektor trotz allem bedeutsamer als in Frankreich, dafür ist die Finanzialisierungsdynamik schwächer. Französische transnationale Konzerne sind bedeutsamer als italienische, insofern weist Frankreich deutlichere Merkmale eines Zentrumslandes auf (vgl. Weissenbacher 2019: 229 ff.). Die ambivalente Position der beiden Länder mit ihren großen Schwierigkeiten, mit der Eurozone ökonomisch zurecht zu kommen, schlägt sich auch in divergierenden Bewertungen – mit unterschiedlichen Kriterien – zu Zentrum und (Semi-)Peripherie in Europa nieder. Weissenbacher (2019: 242: Tab. 8.7). klassifiziert Frankreich als Zentrumsökonomie, während der bei Italien mit seiner seit zwei Jahrzehnten andauernden Stagnation (bzw. Regression) seit 2010 einen Rückfall in eine semi-periphere Position sieht. Gräbner et al. (2018: 18, Tb. 1) rechnen hingegen sowohl Italien als auch Frankreich der Peripherie zu. Die ökonomisch geschwächte Position Frankreichs impliziert auch eine politische Schwäche im Führungstandem mit Deutschland, dass real wohl eher metaphorisch einem Motorrad mit Beiwagen gleichkäme.

Anders als Jugoslawien ist die EU nicht allein durch eine ökonomisch ungleiche Entwicklung, sondern auch durch ausgeprägte innere Abhängigkeitsbeziehungen gekennzeichnet.

Krisen und Desintegrationstendenzen in der EU und Eurozone

In Gefolge der großen Finanzkrise von 2008 ff. kamen in der EU erstmals offene Diskussionen über Desintegrationstendenzen auf. Diese betrafen zunächst die Eurozone.

In Gefolge der Krise 2008 ff. wälzten die Kernländer in der EU die Krisenfolgen stark auf die Peripherien ab – und dort besonders auf die populären Klassen, aber teils auch auf das kleinere binnenorientierte Kapital. In der ersten Welle der Finanzkrise wurde vor allem osteuropäische Peripherieländer mit einem hohen Anteil von Fremdwährungskrediten und hohen Leistungsbilanzdefiziten stark von der Krise betroffen. Ungarn war das erste EU-Land, das noch im Herbst 2008 ein Abkommen mit dem IWF mit scharfen Austeritätsauflagen abschloss. Im Rahmen des Pakets engagierte sich auch die EU mit einem Stützungskredit. Lettland und Rumänien folgten rasch (vgl. Becker 2010: 531 ff.). Ungarn gab für die Region das Muster der Anti-Krisenpolitik vor. Die Austeri-

tätspolitik, die auf eine Minderung der Importe und Leistungsbilanzdefizite sowie auf eine Währungsstabilisierung zielte, führte zu tiefen Rezessionen und einer starken Verschlechterung der sozialen Lage in den betroffenen Ländern.

Auf die südeuropäische Peripherie und damit auf die Eurozone schlug die Krise erst mit leichter Verzögerung durch. In dem Maße, in dem deutlich wurde, dass es in der Eurozone keinen zuverlässigen Lender of Last Resort gibt und die Eurozonen-Länder dem Euro faktisch wie einer Fremdwährung gegenüberstehen, geriet die deindustrialisierte Peripherie der Eurzone unter den Druck von Verweigerung der Kreditvergabe und Kapitalflucht. Wie Luuk van Middelaar, ein im gramscianischen Sinne „organischer Intellektueller“ der EU (Anderson 2021: 70) und von 2010 bis 2015 als enger Mitarbeiter des damaligen Ratsvorsitzenden Herman Van Rompuy auch in den EU-Politikprozess eingebunden, konzidiert, zeigte sich, dass die Eurozone nicht über adäquate Instrumente der Krisenbearbeitung verfügte (van Middelaar 2017: 30). Er fasst die damalige Stimmung so zusammen: „Als die Eurokrise ausbrach, wusste niemand, was zu tun ist“ (van Middelaar 2017: 33). In improvisierender Reaktion auf die Krise wurde für die Eurozone eine neues Austeritätsdispositiv geschaffen.

Zum paradigmatischen Fall der Bekämpfung der Krise der Eurozone, die mit heftigen öffentlichen Debatten zu den Themen „Wer nutzt wen aus“ und „wer zahlt für wen“ verbunden war, und der damit verbunden informellen und formellen institutionellen Neuerungen wurde Griechenland, das ein besonders hohes Leistungsbilanzdefizit und ungewöhnlich hohe Staatsschulden aufwies. Ein strategisches Interesse an der Disziplinierung der Peripherieländer hatte nicht nur die dominante Macht Deutschland, sondern auch die anderen Staaten des Zentrums, deren Banken in einer Gläubigerposition gegenüber der südlichen Peripherie waren. Als Verhandlungsformat wurde eine Troika aus maßgeblichen Entscheidungszentren der Eurozone, der EZB und dem IWF gebildet – insofern unterschied sich das Format von Verhandlungen mit osteuropäischen Ländern außerhalb der Eurozone. Besondere Bedeutung kam hierbei innerhalb der Eurozone dem eigentlich informellen Rat der FinanzministerInnen der Eurozone zu, wobei hier der deutsche Finanzminister die maßgebliche Rolle spielt (vgl. Varoufakis 2017). Die EZB gewann hatte über die Regulierung der Liquiditätszufuhr ein entscheidendes Druckmittel, das sie in Verhandlungen strategisch einsetzte. Vervollständigt wurde das Austeritätsdispositiv für akute Krisenfälle durch den IWF, der bei der Fixierung und Kontrolle der Auflagen eine zentrale Rolle spielte. Es ist bemerkenswert, dass die EU/Eurozone auch einen externen Akteur in ihr fallbezogenes Austeritätsdispositiv einbezogen hat. Für die EU/Eurozone stellte sich auch die Frage, wie die Eurozone Stützungskredite für Länder in Krisensituation aufbringen könnte. Hierfür wurde 2010 die European Financial Stability Facility (EFSF) geschaffen, die 2012 durch den permanenter angelegten European Stability Mechanism (ESM) abgelöst wurde. Er basiert auf einem eigenen zwischenstaatlichen Vertrag der Eurozonen-Mitglieder. Über die Schaffung dieser Mechanismen und Fonds zur Krisenbekämpfung wurde die Institutionelle Ausdifferenzierung zwischen der Eurozone und den Ländern außerhalb der Eurozone vertieft.

In Griechenland (und anderen Länder der Euronzonenperipherie) verlangte die Troika nicht nur eine harte Austeritätspolitik, sondern auch institutionelle Veränderungen (z. B. bei Kollektivverträgen) und Privatisierungen. In Griechenland formierte sich relativ starker Widerstand gegen die Austeritätspolitik. Angesichts der starken sozialen

Proteste stellte der damalige griechische Ministerpräsident Giorgos Papandreou im Spätherbst 2011 ein Referendum über das dritte Abkommen mit der Troika in Aussicht. Daraufhin geriet er unter starken externen Druck speziell der Regierungen Deutschlands und Frankreichs. Die Auszahlung einer Kredittranche wurde ausgesetzt. Unter dem externen Druck nahm Papandreou Abstand von dem Referendum und kündigte die Bildung einer Regierung der „nationalen Einheit“ an. Sie wurde von einem Vertrauensmann der Gläubigerseite und der EZB, dem früheren Zentralbankgouverneur und Vize-Präsidenten der EZB, Loukas Papadimos, angeführt (vgl. Roth 2012: 25 ff.). Mithin setzten maßgebliche Kräfte in der EU über externen Druck die Einsetzung einer euro- und austeritätsaffinen Regierung, die von einem Finanztechnokraten geführt wurde, durch (vgl. Streeck 2021: 340). Das politische Manöver hatte nur zeitweiligen Erfolg. 2015 gewann die linke, austeritätskritische Syriza die Wahlen und bildete mit einer kleinen nationalkonservativen Partei die Regierung.

Die von Syriza geführte Regierung suchte eine Abmilderung der Austeritätspolitik auszuhandeln. Um ihre Verhandlungsposition zu stärken, führte sie im Sommer 2015 ein Referendum durch, in dem sich 61,3 % der Abstimmenden gegen die Austeritätspolitik der Troika aussprachen. Diese Zusatzlegitimität war für einen Verhandlungserfolg nicht ausreichend. Die Eurozonen-Finanzminister stellten die griechische Regierung letztlich vor die Alternative, den Austeritätsplan der Troika zu akzeptieren oder aus der Eurozone auszuscheiden. Der deutsche Finanzminister, Wolfgang Schäuble, schlug als Option einen temporären und finanziell organisiertes Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone vor (Varoufakis 2017: 407). Hierbei wurde die Verhandlungsposition der Troika durch die Entscheidung der EZB, die Liquiditätsversorgung der griechischen Banken zu beschränken, deutlich verstärkt. Eine Mehrheit in Syriza war gegen ein Ausscheiden aus der Eurozone, das dementsprechend als Option auch nicht vorbereitet worden war. Sie akzeptierte letztlich die extreme Austeritätspolitik der Troika. Damit erwies sich der offensive Einsatz der „monetären Beschränkung“ seitens der auf die Interessen der Zentrumsländer orientierten EU-Gremien als erfolgreiches Disziplinierungsinstrument (vgl. Becker 2019b: 112). Allerdings war diese Form der Disziplinierung mit einer expliziten Thematisierung eines Ausschlusses bzw. aus Austrittes aus dem institutionellen Kern verbunden. Damit wurden Desintegrationstendenzen in der EU explizit ein Thema. Der Ausschluss als Option wurde dabei von dominanten gesellschaftlichen Interessen ventiliert, während sich die Austrittsoption eher auf die populären Klassen bezog. In Griechenland selbst trat eine Minderheit der Linken für einen Bruch mit der Eurozone ein, da für sie nur so eine radikal andere Wirtschaftspolitik zu realisieren ist. In anderen peripheren EU-Ländern verstärkten sich kritische Sichtweisen auf die Eurozone.

Eine Disziplinierung erfolgte nicht nur auf der Linken, sondern auch gegenüber einer als nicht ausreichend euro-affin und austeritätsorientiert eingeschätzten Rechten. Diese Zweifel galten explizit 2011 der Regierung Berlusconi. Druck wurde einerseits seitens der EZB – durch ihren Präsidenten Jean-Claude Trichet und seinen Nachfolger Mario Draghi, andererseits seitens des Europäischen Rates ausgeübt. Angesichts starken äußeren und inneren Drucks trat Berlusconi im November 2011 zurück und wurde durch eine Technokraten-Regierung unter dem früheren EU-Kommissar Mario Monti abgelöst (vgl. Weissenbacher 2019: 65, Sottilotta 2011: 102 f.). Damit wurde die – angesichts einer fehlenden Hegemoniefähigkeit des Euro-liberalen Lagers in Italien – bereits

in den 1990er Jahren vertretene Strategie der Durchsetzung neoliberaler Reformen via externen EU-Bindungen (vgl. Sottolotta 2020: 96 f.) in einer besonders radikalen Variante durchgesetzt. Monti reüssierte nicht. Mit der austeritätsverstärkten anhaltenden Stagnation wurden EU-skeptische Positionen vor allem bei der Lega, aber auch beim Movimento Cinque Stelle zunehmend artikuliert (vgl. Weissenbacher 2019: 62, 68 f.). Hier haben sie eine breitere Resonanz als in Griechenland, da der Euro für Teile des italienischen Klein- und Mittelkapitals ein massives Problem darstellt. In Italien tritt die Dialektik von disziplinierender monetärer Euro-Beschränkung und der zentrifugalen Kraft der Ungleichheitsverstärkung durch den Euro besonders stark zu Tage.

Mittelbare Konsequenzen hatte die Eurozonen-Krise aber auch in zentralosteuropäischen Staaten außerhalb der Eurozone. Hier wurden die Brüchigkeit der Eurozone wie auch der Umgangsstil mit der Eurozonen-Peripherie kritisch perzipiert. In Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik verstärkte sich die Tendenz, außerhalb der Eurozone zu verbleiben. In Ungarn und Polen nutzten nationalistische Rechtsregierungen nach der großen Finanzkrise die Spielräume, um einheimisches Kapital zu stärken, und setzten dabei auch den Bankensektor aktiv ein. Speziell für die Fidesz-Regierung waren die EU-Fonds eine wichtige Quelle für die Finanzierung von Infrastrukturprojekten, die einheimischen Kapitalgruppen, im ungarischen Fall oft aus dem engsten Fidesz-Umfeld, zu Gute kamen. Steht die Förderung des einheimischen Kapitals bereits im Spannungsfeld der EU-Wettbewerbsregeln, so führten die Staatsprojekte von Fidesz und PiS zum Teil zu offenen Konflikten mit der EU. Diese beziehen sich vor allem auf Versuche der beiden Parteien, verstärkten Einfluss auf die Justiz zu nehmen (vgl. Becker 2019b). Zwischen Polen und der EU gibt es einen offenen Konflikt um das Primat der EU-Rechtsprechung (Veser 2021: 8). Dieser Konflikt erreichte mit dem Anfang Oktober 2021 ergangenen Urteil des polnischen Verfassungsgerichts, dass der EU-Vertrag in Teilen im Widerspruch zur polnischen Verfassung stehe und der EuGH keine Kompetenz im Bereich der Organisation des polnischen Justizsystems habe, eine neue Qualität (Gutschker/Veser 2021: 5). Damit setzt die PiS-Regierung zur Verteidigung ihres Staatsprojektes auf eine offene Konfrontation mit Brüssel. Mit der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 akzentuierten Fidesz und PiS ihre Ablehnung gegen – aus nicht-europäischen Ländern stammenden – Flüchtlingen und MigrantInnen. Im Einklang mit den anderen Visegrád-Ländern wandten sie sich besonders vehement gegen Verteilungsquoten bei Flüchtlingen. Konfliktverschärfend hat hier wohl auch die EU-Kommission agiert, die es versäumte, Ungarn, was zu dem Zeitpunkt ein wichtiges Transitland war, im Vorfeld einer entscheidenden Ministerratssitzung im September 2015 zu konsultieren (van Middelaar 2017: 111, Anm.). Die rechte Revolte der Peripherie war recht erfolgreich – und fand auch im Zentrum Resonanz. Der Konsens in der EU verschob sich in Richtung verschärfter Militarisierung der Außengrenzen, während im internen Umgang mit Flüchtlingen kein Konsens erzielt werden konnte. Weiters positionierten sich die beiden Rechtsregierungen in Ungarn und Polen auf EU-Ebene zunehmend offensiv rechtskonservativ in Fragen der Geschlechterbeziehungen. Besonders stark eskalierte hier der Konflikt im Juni 2021, nachdem das ungarische Parlament ein Gesetz verabschieden ließ, das Jugendliche vorgeblich vor Homosexualität und anderen sexuellen Orientierungen „schützen“ soll und massiv diskriminierend gegenüber sexuellen Minderheiten ist. Beim Ratstreffen wurde mit Ungarn erstmals ein Land offiziell auf einer Sitzung zum Austritt aufgefordert. Die Forderung kam vom niederländischen Premierminister

Mark Rutte. Im Gegenzug warf die ungarische Justizministerin, Judit Varga, Rutte eine Haltung „alter kolonialer Arroganz“ (zit. nach Gutschker 2021a: 2) vor. Erstmals zeichnete sich eine qualifizierte Mehrheit ab, um Gelder an Ungarn zu sperren. Tatsächlich hat die EU-Kommission bis auf Weiteres nicht das „grüne Licht“ für die nationalen Pläne Ungarns und Polens für den EU-Wiederaufbauplan zur Bewältigung der Corona-Krise gegeben (Bielecki 2021: 8, Gutschker 2021b: 6). Diese politisch motivierte bürokratische Verzögerung trifft Kernbereiche der polit-ökonomischen Projekte von Fidesz und PiS. In beiden Fällen wurden daraufhin von SpitzenpolitikerInnen der beiden Parteien deutlich EU-kritischere Positionen, bei denen teils auch eine Austrittsoption mitschwang, ventiliert als in der Vergangenheit (Szalay 2021: 5 f., Sándor 2021, Vesper 2021: 8). Dies impliziert noch keine aktive Verfolgung einer Austrittsstrategie, aber eine solche wird dadurch denkbarer und könnte mit der weiteren Konfliktdynamik potenziell auch eine Option werden. Ein Teil der westeuropäischen Peripherie wäre über ein Ausscheiden der beiden Nicht-Eurozonen-Länder erkennbar nicht unglücklich, was einen Austritt erleichtern könnte. Einer Mehrheitsstimmung in Ungarn und Polen würde er derzeit nicht entsprechen. Auch würde eine Austrittsstrategie den beiden Rechtsparteien einen sehr komplizierten Balanceakt zwischen transnationalem und einheimischen Kapital abverlangen. Damit werden zunehmende Spannungen und Risse im Verhältnis zwischen der EU und zwei Ländern der industrialisierten Peripherie, die nicht Teil der Eurozone sind, deutlich. Erkennbar wird an diesem Beispiel auch, dass die Disziplinierung von Nicht-Eurozonen-Ländern deutlich schwieriger ist als von jenen innerhalb der Eurozone.

Eine weitere Krise, die Spannungen innerhalb der EU zu Tage treten ließ, ist die Covid-19-Krise. Die ersten Reaktionen auf die Krise waren innerhalb der EU nicht abgestimmt. Grenzschließungen erfolgten chaotisch, wobei Österreich die Avantgarde der Grenzschließer bildete (vgl. van Middelaar 2021: 84). Nicht einmal innerhalb der Schengenzone gelten nach 18 Monate harmonisierte Bestimmungen des Grenzübertritts. Auch im Bereich von Masken und Schutzausrüstungen galt anfangs vielfach ein pandemischer Nationalismus, so beschlagnahmte beispielsweise die französische Regierung Anfang März 2020 die im Land befindlichen Maskenbestände (van Middelaar 2021: 73). Hier kam es im Laufe der Zeit zu einer besseren Abstimmung. Auch wurde Impfstoff durch die EU gemeinsam geordert, wenngleich nicht nach der Priorität einer möglichst raschen Liefersicherheit.

Die Pandemie hatte rasch ökonomisch dramatische Auswirkungen, zunächst speziell in den sehr früh stark von der Pandemie betroffenen südeuropäischen Ländern, die zudem ökonomisch sehr stark vom zeitweiligen Abdrehen des Tourismus betroffen waren. Deutlich schneller als bei der Finanzkrise von 2008 ff. machte die EZB deutlich, dass sie in der Krisenperiode massiv und ausreichend Liquidität zur Verfügung stellen werde. Auch wurde erkannt, dass allein eine monetäre Antwort der EZB auf die Krise nicht reichen würde. Wie bereits in der Finanzkrise von 2008 ff. kam – speziell in den südeuropäischen Eurozonenländern, aber auch in Frankreich – die Forderung nach Gemeinschaftsanleihen, anlassweise Corona-Bonds genannt, auf. Dieser Forderung wollte die deutsche Bundesregierung nicht nahetreten, sie sah aber die Notwendigkeit einer Stabilisierungsaktion zugunsten der Peripherie und zur Bewahrung der Kohäsion. Zusammen mit Frankreich lancierte sie den Vorschlag eines Wiederaufbaufonds. Im Prinzip wurde über den Fonds rasch ein Konsens hergestellt (vgl. Oberndorfer 2020: 88 ff.,

van Middelaar 2021: 99 ff.). Für den Spezialfall einer pandemischen Krise verständigten sich die EU-Mitglieder zu dessen Finanzierung auch auf europäische Anleihen – allerdings zeitlich und in der Höhe begrenzt (Oberndorfer 2020: 91). Ob dies zum Präzedenzfall wird, ist unklar. Über die Modalitäten kam es aber zum Konflikt. Eine Gruppe kleinerer neo-merkantilistisch orientierter Staaten – Österreich, Niederlande, Schweden und Dänemark – wandte sich gegen Zuschüsse und wollten nur Kreditgewährungen (vgl. van Middelaar 2021: 108), während in der südeuropäischen Peripherie die gegenteilige Position vorherrschte. Damit brach der Konflikt zwischen Teilen des Zentrums und der südeuropäischen Peripherie auf. Im Gegensatz zur Vergangenheit zählte die deutsche Bundesregierung, die nun eine stärker hegemoniale Rolle einnahm, nicht zu den Hardlinern. Der Kompromiss bestand in einer Mischung zwischen 390 Mrd. Euro an Zuschüssen und 360 Mrd. Euro an Krediten, was nahe an der deutsch-französischen Konzeption war (Oberndorfer 2020: 89). Eine zweite Kontroverse galt der Ausrichtung und mehr noch den Konditionalitäten des Fonds. Einen gewissen Akzent setzt der Plan bei der „Begründung des Kapitalismus“ (Oberndorfer 2020: 90), wobei Ökologisierung für die EU-Kommission und die EU-Regierungen sich im Wesentlichen auf technologische Veränderungen – vor allem mit dem Ziel der De-Carbonisierung – stützen soll. Damit geht eine investive Komponente einher, die sich von der neoliberalen Logik entfernt. Gleichzeitig ist mit dem Verweis auf die Europäische Semester und (neoliberale) Reformpolitik auch eine neoliberale Orientierung, wie von den Zentrumsländern gewünscht, eingeschrieben (Becker 2020: 123). Damit ergibt sich ein inneres Spannungsfeld des Wiederaufbaufonds zwischen Investitionsakzent und Austerität. Die italienische Regierung Conte, die primär vom Movimento Cinque Stelle und dem Partito Democratico gebildet worden war, hatte sich im Lichte der Erfahrungen der Eurozonenkrise besonders kritisch gegenüber Konditionalitäten gezeigt. Ihr Bemühen um eine EU-Finanzierungslösung war mithin nur partiell vom Erfolg gekrönt. Sie wurde im Februar 2021 durch Matteo Renzi gestürzt. Es ging ähnlich wie 2011 darum, eine zuverlässiger „reformorientierte“ Regierung ins Amt zu bringen. Wie 2011 wurde ein EU-Technokrat, diesmal der frühere EZB-Präsident Mario Draghi, als Premierminister ins Amt gehievt. Die Regierung ist sehr breit basiert, umfasst aber zahlreiche TechnokratInnen. Selbst die rechtsnationalistische euro-kritische Lega trat unter dem Druck ihres Wirtschaftsflügels bei. Das Gewicht von VertreterInnen des reichen Nordens Italiens stieg deutlich an, der ärmere Süden wurde marginalisiert (vgl. Turco 2021). Diese italienischen Manöver zeigen an, dass Italien weiter als schwaches Glied der Eurozone gilt. Die verstärkte Ausrichtung der italienischen Regierung auf das europäisierte Kapital entsprach auch den Kräften, die sich hinter den EU-Wiederaufbauplan gestellt hatten: „die transnationalen und europäischen Kapitalfraktionen und die mit ihnen korrespondierenden Intellektuellen und politischen Akteure“ (Oberndorfer 2020: 89 f.).

Für diese stand in einer Krise, die als eine quasi exogen verursachte Krise wahrgenommen wurde (obgleich die Entstehung von Pandemien durch die kapitalistische Naturzerstörung begünstigt wird), nicht Austerität und Disziplinierung der Peripherie, sondern Stabilisierung der Zahlungs- und Lieferketten wie auch der Kohäsion speziell der Eurozone im Vordergrund. Dies ermöglichte ein flexibleres Vorgehen als in der Finanzkrise. Die Spannungslinien zwischen Zentrum und Peripherie traten auch in dieser Krise offen zu Tage, aber nicht so krass wie in der Eurozonenkrise. Die grundlegend auseinander laufenden Dynamiken in der EU und speziell der Eurozone werden

durch den EU-Wiederaufbauplan nicht angegangen (und auch ökologisch greift er zu kurz). Speziell für rechtsnationalistische Nicht-Eurozonen-Länder wurde allerdings sehr begrenzt die Möglichkeit der Sanktionierung von Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit geschaffen – und informell deren nationalen Programme als Disziplinierungsmaßnahme erstmal nicht genehmigt. Dies ist zwar nur ein Nebenaspekt des Wiederaufbaufonds, der aber Konflikt dynamiken zwischen Zentrumsländern und den rechtsnationalistischen Regierungen außerhalb der Eurozone anfachen kann.

Der Brexit

Der erste Austrittsfall erfolgte im Gefolge der Krise entlang der institutionellen Differenzierungslinie der monetären Räume: Eurozone/Nicht-Eurozone. Großbritannien war das wichtigste Land außerhalb der Eurozone. Britische Regierungen hatten recht durchgängig eine Sonderrolle in der EU verfolgt. Aus bestimmten Integrations schritten klinkte sich Großbritannien aus. Der größten Bedeutung kam hierbei der Eurozone zu. Großbritannien mit seinem wichtigen Finanzzentrum London, dem an engen Verbindungen zu den monetären politischen Entscheidungszentren (wie der Zentralbank) gelegen war, verblieb außerhalb der Eurozone. Insofern spricht Anderson (2021: 223) zurecht davon, dass Großbritannien sich aus zentralen Bereichen der Entscheidungsfindung ausgeschlossen hat. Mit der Krise der Eurozone nahm die institutionelle Bedeutung der Eurozone deutlich zu, da zentrale wirtschaftspolitische Entscheidungen zunehmend allein im Kreis der Eurozonenländer fielen. Damit kam es zu einer sich verstärkenden politischen Marginalisierung Großbritanniens in den Entscheidungsprozessen der EU. Gleichzeitig war im Gefolge der Eurokrise deutlich geworden, wie brüchig die Eurozone ist und damit die Option eines Eurozonenbeitritts noch weniger real als zuvor.

Vor dem doppelten Prozess von Selbstbeschränkung der Integration und Marginalisierung gewann der Auftrieb von EU-Skepsis in der britischen Rechten – der United Kingdom Independence Party und dem rechten Flügel der Konservativen – an Auftrieb. Zudem gab es grundlegende Kontroversen zwischen dem Vereinigten Königreich und den anderen EU-Ländern in Fragen der Regulierung des Finanzsektors, die für das UK wegen der Bedeutung der Londoner City von zentralem Belang sind (vgl. Lemaire 2021: 1). Um innenpolitisch mit den Konflikten in der Partei umzugehen, beraumte der konservative Premier David Cameron – Verkennung der Kräfteverhältnisse – sowohl den Versuch der Aushandlung eines neuen Verhältnisses zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU und ein Referendum über die EU-Mitgliedschaft an. Der herrschende Block, wie die beiden größten Parteien – Konservative und Labour – waren in der Frage des Verbleibens oder Austritts gespalten. Allerdings war nur eine minoritäre Fraktion innerhalb des herrschenden Blocks für den Austritt. Diese Fraktion mobilisierte für eine Wiedergewinnung der Unabhängigkeit, um Großbritannien international eigenständiger zu positionieren und eine aggressivere Freihandelspolitik zu verfolgen. Dahinter standen erkennbar Kapitalgruppen, die auf mehr Freiheit zum Setzen eigener Standards – im Sinne einer Minderung von Regulierungsstandards in verschiedenen Bereichen – in der internationalen Konkurrenz drängten und in der EU-Mitgliedschaft ein Hindernis für ihre internationalen Strategien sahen (Grahl 2017: 79).

Argumentativ bemühte das Brexit-Lager aber auch ein Schutzargument – nicht zuletzt vor Migration – das sich vor allem an die popularen Klassen und die untere Mittelschicht richtete (vgl. Anderson 2021: 210). Einen gemeinsamen Nenner fanden diese heterogenen Brexit-Argumentationslinien in der Betonung der Wiedergewinnung von nationaler Souveränität und Kontrolle. Dieses Dach erlaubte es Kräften des dominanten Blocks, wesentliche Sektoren der popularen Klassen für einen Brexit zu mobilisieren. Auch beim Lager der Remainers waren zwei unterschiedliche diskursive Strategien mit unterschiedlichen sozio-ökonomischen Zielgruppen erkennbar. Eine Strategie, die vor allem von gut-gebildeten und jüngeren Personen getragen wurde, wertete einen Brexit vor allem als Ausdruck von Chauvinismus und Rassismus. Eine zweite Argumentationslinie warnte vor einem allgemeinen Rückgang des Lebensstandards im Fall eines Brexit (Anderson 2021: 210).

52 % stimmten 2016 in dem Referendum für den Austritt. Besonders hoch war die Zustimmung zum Brexit unter den popularen Klassen mit niedrigem Einkommen und niedrigem Bildungsstand. Hierbei sticht noch einmal das starke Brexit-Votum in diesen Klassen in den verarmten Regionen von Nordengland und Wales hervor. Deutlich für das Verbleiben votierte hingegen die BezieherInnen der höchsten Einkommen (vgl. Watkins 2017: 21 ff., Grahl 2017: 78, Anderson 2021: 209 f.). Insofern hatte das Votum einen Klassencharakter. Für den Erfolg der Brexit-BefürworterInnen im dominanten Block war entscheidend, dass sie für die Austrittsforderung große Sektoren der popularen Klassen gewannen. Letztere sahen ihr Brexit-Votum als „einen Schlag gegen Brüssel und den Neoliberalismus, unter dem sie gelitten hatten“ (Anderson 2021: 211). Die Stoßrichtung gegen Brüssel teilten sie mit den Brexit-BefürworterInnen aus dem dominanten Block, die hingegen auf eine Radikalisierung der neoliberalen Politik orientiert waren.

Es folgten ein kompliziertes Tauziehen um die Modalitäten des Brexit-Austritts in Großbritannien und konfliktive wie zähe Verhandlungen mit der EU. Hierbei ging es der EU darum, die Austrittsbedingungen für Großbritannien möglichst wenig attraktiv zu gestalten, um potenzielle Nachahmer abzuschrecken. Das Ergebnis war ein eher die EU-Interessen spiegelnder Vertrag, der für Großbritannien einen so zentralen Bereich wie den Finanzsektor aussparte und somit eine verschärfte monetäre Grenze zwischen der EU-27 und dem Vereinigten Königreich schuf. Der Austritt Großbritanniens ist damit nicht allein symbolischer Natur, sondern sieht in wichtigen Bereichen deutlich verschärfte Grenzziehungen und Separierungen vor. Ein Ergebnis ist, dass nun zwischen Nordirland und Großbritannien innerhalb des Vereinigten Königreichs eine Art administrativer Handelsgrenze mit erheblichem bürokratischem Mehraufwand verläuft. Diese hat bereits zur Dämpfung des nordirisch-britischen Warenaustauschs und einem starken Auftrieb der nordirisch-irischen Handelsbeziehungen geführt (Gutschker 2021c: 3). Der Handelsaustausch zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU ist zurückgegangen – der britische Export Richtung EU im 2. Vierteljahr um 8,4 % im Vergleich zum 2. Quartal 2019, die Importe im gleichen Zeitraum um 3,7 %. Es ist auch zur substanziellen Verlagerung von Finanzaktivitäten aus der Londoner City in die EU gekommen (Kronauer 2021: 12). Durch den Brexit haben gleichzeitig die zentrifugalen Tendenzen innerhalb des Vereinigten Königreichs zugenommen (vgl. den Beitrag von Reinisch in diesem Heft).

Schlussfolgerungen

Die Kombination von dezentraler Staatlichkeit, ungleicher Entwicklung und tiefer Krise hat in Jugoslawien wie in der EU in einer schweren Krise Desintegrationstendenzen befördert. Die Initiative zu erfolgreichen Abspaltungsinitiativen ist in beiden Fällen von Kräften aus dem dominanten Block und den mit ihnen verbundenen Intellektuellen hervorgegangen, denen es gelang Sektoren der populären Klassen für die Abspaltung zu gewinnen. Im Fall Jugoslawiens ging es den Kräften aus den dominanten Blöcken auf Republikenebene um die Kontrolle der kapitalistischen Transformations- und Privatisierungsprozesse. Im Fall des Brexit in der EU ging es den dissidenten Sektoren des britischen/englischen dominanten Blocks um eine verstärkte nationale Kontrolle der Regulierungssysteme, um ihre spezifischen Internationalisierungsstrategien zu fördern. In beiden Fällen, dem Zerfall Jugoslawiens und dem Brexit, gab es divergierende Entwicklungs- und Akkumulationsprojekte und damit verbundene Regulierungsvorstellungen zwischen dominanten Sektoren, welche die Desintegrationsdynamik befeuerten. In Griechenland forderten auch Minderheitssektoren der Linken, die Unterstützung aus den populären Klassen hatten, in der Krise einen Bruch mit der Eurozone – allerdings ohne Erfolg. In allen Fällen der Abspaltungstendenzen ging es zentral um Veränderungen der „strategischen Selektivität“ der Staatlichkeit.

In der Dynamik und den (bisherigen) Resultaten unterscheiden sich die Fälle Jugoslawiens und der EU. In Jugoslawien stand die reichste Republik, Slowenien, die sich von den ärmeren Regionen – heutzutage als „Balkan“ abqualifiziert – lösen wollte, an der Spitze der Abspaltungsbewegung. Es kam rasch zu einer starken und teils sehr konfliktiven Desintegration. Jugoslawien ist in die konstituierenden Republiken plus – de facto – Kosovo zerfallen. In der EU hingegen entwickelte sich die Abspaltung Großbritanniens entlang innerer institutioneller Differenzierungen – der monetären Grenzlinie zwischen Eurozone und den Nicht-Euronenstaaten der EU. Diese spielt auch bei aktuellen, allerdings noch ganz am Anfang stehenden Austrittsdebatten in den zentral-osteuropäischen Ländern Polen und Ungarn im Hintergrund eine Rolle. Explizit spielt im Fall Ungarns und Polens – anders als beim Brexit – die Konfliktlinie Zentrum-Peripherie eine Rolle und wird auch politisch klar benannt. Diese Konfliktlinie spielt auch bei Spannungen und Desintegrationstendenzen innerhalb der Eurozone relevant. Bislang beschränken sich die Abspaltungen in der EU auf den Fall des Vereinigten Königreichs.

Die Unterschiede in der unterschiedlichen Desintegrationsdynamik sind zentral in Unterschieden in der Staatlichkeit begründet. Jugoslawien war eine sich zunehmend konföderalisierende Föderation, die sowohl bezogen auf die Partei wie den Staat durch eine ziemlich hohe politische Gleichheit zwischen den republikanischen Strukturen gekennzeichnet war. Partei und staatliche Strukturen durchliefen einen langfristigen Prozess der Dezentralisierung/Republikanisierung, der sich in der Krise zu einem Desintegrationsprozess radikalisierte. Eine hybride Form der Staatlichkeit ist auch in der EU zu erkennen. Dominant ist ihr Charakter als Imperium mit supranationalen und intergouvernementalen Elementen. Im Gegensatz zu Jugoslawien ist in der EU eine Tendenz zur Zentralisierung erkennbar, die allerdings durch eine institutionelle Ausdifferenzierung – vor allem entlang der monetären Grenze von Eurozone und Nicht-Eurozone – überlagert wird. Eine Zentralisierung erfolgt primär innerhalb der Euro-

zone, während die Länder außerhalb der Eurozone vor allem seit den Veränderungen im Krisenmanagement seit der Eurozonenkrise in wichtigen wirtschaftspolitischen Politikfelder zunehmend marginalisiert werden. Zudem ist die EU scharf zwischen Zentrum und Peripherie hierarchisiert, wobei die Disziplinierungsmöglichkeiten innerhalb der Eurozone konzentriert sind und seit der Eurozonenkrise stark ausgebaut wurden. Die Disziplinierung läuft, wie Anderson (2021: 222) zurecht unterstreicht, stark über monetäre Mechanismen. Diese Form der Disziplinierung unterstreicht den (spät-)kapitalistischen Charakter des europäischen Imperiums. Allerdings ist der Euro nicht nur ein Mittel der Disziplinierung, sondern – von Anderson unterschätzt – auch ein Motor der ungleichen Entwicklung. Insofern fördert er auch Desintegrationstendenzen. Auch wenn jetzt ein EU-Wiederaufbaufonds geschaffen wurde, sind die Ausgleichsmechanismen der EU und Eurozone schwach (vgl. Streeck 2021: 373 ff.). Die institutionelle Krisenbearbeitungskapazität der Eurozone ist wegen der minimalen Fiskalität sehr beschränkt. Die Spannungen in der Eurozone sind stark und treten im Fall Italiens, dessen industrielle Akkumulation durch die Eurozone erkennbar gehemmt wird, besonders deutlich zu Tage. Ein Ausscheiden eines großen Eurozonen-Landes hätte für die EU weiterreichende Konsequenzen als der Brexit. Auszuschließen ist nicht, dass der britische Fall zunächst außerhalb der Eurozone, wo es geringere Disziplinierungsmöglichkeiten gibt, Nachahmer findet. Seit kurzem wird darüber in den rechtsnationalistisch regierten Staaten Ungarn und Polen erstmals offen diskutiert. Damit ist das Thema zumindest nicht mehr Tabu. Als Imperium mit potenziell variable Grenzen war der Austritt Großbritanniens für die EU leichter zu verarbeiten als die Sezession Sloweniens für Jugoslawien. Allerdings war die EU vor dem Brexit auf Erweiterungen fixiert, nicht auf das Kleinerwerden. Insofern signalisiert auch der Brexit eine Krise des Staatsprojektes EU.

Als Reaktion auf den Brexit, innere Desintegrationsdynamiken und Legitimitätsverlust wird von europäischen PolitikerInnen und EU-affinen Intellektuellen versucht, die schwächelnde innere Kohäsion durch eine verstärkte äußere Klammer mittels der Schaffung externer Feindbilder – dem Konkurrenten China sowie Russland – zu kompensieren (vgl. van Middelaar 2021: 149 ff.). Geopolitik kann den Verlust innerer Legitimität aber auf Dauer nicht ausgleichen.

Literatur

- Aglietta, Michel (2014): *Europe. Sortir de la crise et inventer l'avenir*. Paris.
- Amable, Bruno/Palombarini, Stefano (2017): *L'illusion du bloc bourgeois. Alliances sociales et avenir du modèle français*. Paris.
- Anderson, Perry (2021): *Ever closer Union? Europe in the West*. London/New York.
- Becker, Joachim (2002): *Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie*. Marburg.
- Becker, Joachim (2010): *Krisenmuster und Anti-Krisen-Politiken in Osteuropa*. In: *Wirtschaft und Gesellschaft*, 36(4), 519–542.
- Becker, Joachim (2015): *Oligarchie – eine Form bürgerlicher Herrschaft. Das Beispiel osteuropäischer peripherer Kapitalismus*. In: *Prokla*, 45(3), 409–432.
- Becker, Joachim (2019a): *Dependency, (Non-)Development and Possible Alternatives: the Visegrad Countries and the Post-Yugoslav Space*. In: *Delteil, Violaine/Richet, Xavier (Hg.): L'Europe, une fracture à retardement. Intégration asymétrique, dépendances, fragmentations*. Paris, 189–212.

- Becker, Joachim (2019b): Développement inégal et mobilisation inégal au sein de l'Union européenne. In: Bürbaumer, Benjamin/Cukier, Alexis/Rosato, Marlène (Hg.): Europe, alternatives démocratiques. Analyses et propositions de gauche. Paris, 93–116.
- Becker, Joachim (2020): Entwicklungsmodelle und die Linke in Südeuropa. In: Herzog, Roland et al. (Hg.): Jahrbuch 2020. Europa zwischen Reform und Zerfall. Die grosse Zäsur: Europa, EU und die Schweiz. Zürich, 115–124.
- Bićanić, Ivo (2021): Break points and convergence in Western Balkan economies in 1952–2013. In: 30th Anniversary of the Break-up of Yugoslavia. wiiw Monthly Report, Special Issue, June 2021, 21–29.
- Bielecki, Tomasz (2021): Miliardy z Unii zagrożone. In: Gazeta Wyborcza, 3.9., 8.
- Borak, Neven (2002): Ekonomski vidiki delovanja in raspada Jugoslavije. Ljubljana
- CDU/CSU-Fraktion im deutschen Bundestag (1994): Überlegungen zur europäischen Politik. 1.9.1994 (www.cdusu.de/SchaeubleLamers.94.pdf; 28.8.2021)
- Celi, Giuseppe/Ginzburg, Andrea/Guarascio, Dario/Simonazzi, Annamaria (2020): Una Unione divisiva. Una prospettiva centro-periferia della crisi europea. Bologna.
- Centrih, Lev (2014): The road to collapse: The demise of the League of Communists of Yugoslavia. Research Paper Series of Rosa Luxemburg Stiftung Southeast Europe No. 2. Belgrad.
- Cirman, Primož/Vuković, Vesna (2021): Objavljam dokument o razdelitvi BiH, ki ga išče ves Balkan. In: Nencenzurirano.si, 15.4. www.ncenzurirano.si, 24.4.2021.
- Czarnowska, Martyna (2021): Brandbeschleuniger am Balkan. In: Wiener Zeitung, 24.4.2021, 7.
- Flere, Sergej/Klanjšek, Rudi (2017): Da li je Jugoslavija morala da umre.... Ili kako su etničke komunističke elite kontinuitetom svojih svađa dovele do neizbežnog kraja SFRJ. Belgrad.
- Gräbner, Claudius/Heimberger, Philipp/Kapeller, Jakob/Schütz, Bernhard (2018): Structural Change in Times of Increasing Openness: Assessing Path Dependency in European Economic Integration. wiiw Working Paper 143. Wien.
- Grahl, John (2017): Fault Lines in the Brexit Camp. In: Kurswechsel, Nr. 2, 77–82.
- Grimm, Dieter (2016): Europa ja – aber welches? Zur Verfassung der europäischen Demokratie. München.
- Gutschker, Thomas (2021a): “Viktor, warum bleibst du in der EU?” In: Frankfurter Allgemeine, 26.7., 2.
- Gutschker, Thomas (2021b): Licht und Schatten. In: Frankfurter Allgemeine, 21.7., 6.
- Gutschker, Thomas (2021c): Die Grenze in der Irischen See. In: Frankfurter Allgemeine, 5.10., 3.
- Gutschker, Thomas/Veser, Reinhard (2021): Hat der Pölexit begonnen? In: Frankfurter Allgemeine, 9.10., 5.
- Jessop, Bob (2000): The Future of the Capitalist State. Cambridge.
- Jovanović, Branomir (2021): Chart of the Month: Winners and losers from the Yugoslav transition. In: 30th Anniversary of the Break-up of Yugoslavia. wiiw Monthly Report, Special Issue, June 2021, 7–8.
- Jović, Dejan (2017): Rat i mit. Politika identiteta u suvremenoj Hrvatskoj. Zaprešić.
- Kanzleiter, Boris (2011): Die „rote Universität“. Studentenbewegung und Linksoption in Belgrad 1964-1975. Hamburg.
- Kardelj, Edvard (1978): Svobodno združeno delo. Brionske diskusije. Ljubljana.
- Kirn, Gal (2014): Partizanski prelomi in protislovja tržnega socializma v Jugoslaviji. Ljubljana.
- Klatzer, Elisabeth/Schlager, Christa (2011): Europäische Wirtschaftsregierung – eine stille neoliberale Revolution. In: Kurswechsel, Nr. 1, 61–81.
- Kronauer, Jörg (2021): Brexit done. In: Junge Welt, 27.10., 12–13.
- Lapavistas, Costas et al. (2012): Crisis in the Eurozone. London/New York.
- Lemaire, Frédéric (2021): Diversity among British, French and German financial systems and regulatory preferences. Paper für Workshop von Maison des Sciences de l'Homme Paris Nord/Universität Graz – Center for Southeast European Studies: The European spaces of regulation and capital accumulation at the age of global disturbances, 30.9.
- Madžar, Ljubomir (1996): Who exploited whom? In: Popović, Nebojša (Hg.): The Road to War in Serbia. Budapest/New York, 160–188.
- McBride, Stephen/Schnittker, Joy (2021): Politics as an alternative to constitutionalization. In: McBride, Stephen/ Evans, Bryan/Plehwe, Dieter (Hg.): The changing politics and policy of austerity. Bristol, 127–146.
- Müller, Jan-Werner (2012): Beyond Militant Democracy. In: New Left Review, Nr. 73, 39–47.
- Münkler, Herfried (2003): Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten. Berlin.
- Musić, Goran (2021): Making and Breaking the Yugoslav Working Class. The Story of Two Self-Managed Companies. Budapest/New York.

- Oberndorfer, Lukas (2020): Auf zum grünen Festungskapitalismus? Die EU-Pläne für einen Aufbauplan zur Bewältigung der Corona-Krise. In: *Kurswechsel*, Nr. 3, 88–93.
- Podvršič, Ana (i.E.): *Obrat na desno*. Ljubljana.
- Pirjevec, Jože (2020): *Partizani*. Ljubljana.
- Radić, Ana (2011): Intervju – Jože Mencinger, slovenački ekonomist: Evropa ako bivša Jugoslavija. In: *Vreme*, Nr. 1088, 10.11. (www.vreme.com/view.php?id=1018992, 20.12.2011).
- Repe, Božo/Kerec, Darja (2017): *Slovenija, moja dežela. Družbena revolucija v osemdesetih letih*. Ljubljana.
- Roth, Karl-Heinz (2012): *Griechenland: was tun? Hamburg*.
- Samary, Catherine (1988): *Le marché contre l'autogestion. L'expérience yougoslave*. Paris.
- Samary, Catherine (2008): *Yougoslavie de la décomposition aux enjeux européens*. Paris.
- Sándor, Szénasi (2021): Huxit: élet-halál kérdés – Beszélgetés Ara-Kovács Attilával, Magyar Bálinttal, Farkas Zoltánnal és Sz. Biró Zoltánnal. In: *Mozgó Világ*, Nr. 10, 3–22.
- Sottolotta, Cecilia Emma (2020): Vincolo esterno o sopravvivenza? L'Italia. In: Morlino, Leonardo/Sottolotta, Cecilia Emma (Hg.): *La crisis dell'Eurozona e l'Europa del Sud*. Bologna, 95–115.
- Spaskovska, Ljubica (2015): Horizonti otpora, nade i poraza: Jugoslavenski supranacionalizam i antinacionalizam. In: Bilić, Bojan/Janković, Vesna (Hg.): *Opiranje zlu. (Post)jugoslavenski antiratni angažman*. Zagreb, 29–54.
- Spaskovska, Ljubica (2017): *The Last Yugoslav Generation. The Rethinking of Youth Politics and Cultures in Late Socialism*. Manchester.
- Stark, Hans (2021): Le tandem franco-allemand est-il un mythe? In: Badie, Bertrand/Vidal, Dominique (Hg.): *La France, une puissance contrariée. L'état du monde 2022*. Paris, 182–188.
- Stockhammer, Engelbert/Durand, Cédric/List, Ludwig (2016): European growth models and working class restructuring: An international post-Keynesian Political Economy perspective. In: *Environment and Planning A*, 48(9), 1804–1828.
- Stollinger, Roman/Hanzl-Weiss, Doris/Leitner, Sandra/Stehrer, Robert (2018): *Global and Regional Value Chains: How Important, How Different? wiiw Research Report 427*. Wien.
- Streeck, Wolfgang (2021): *Zwischen Globalismus und Demokratie. Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus*. Berlin.
- Szalay, Zoltán (2021): Huxit ako reálna alternatíva? In: *Denník N*, 27.8, 6–7.
- Turco, Susanna (2021): Mi vesto da vicepremier. In: *L'Espresso*, 9.2., 14–19.
- Tradingeconomics.com (2021a) GDP per capita/Europe (www.tradingeconomics.com/country-list/gdp-per-capita/countries=europe; 25.10.2021).
- Tradingeconomics.com (2021b): GP per capita PPP/Europe (www.tradingeconomics.com/contry-list/gdp-per-capital-ppp/countries=europe; 25.10.2021).
- Unkovski-Korica, Vladimir (2015): Self-management, development and debt: The rise and fall of the 'Yugoslav experiment'. In: Horvat, Srećko/Štikl, Igor (Hg.): *Welcome to the desert of post-socialism. Radical politics after Yugoslavia*. London, 21–43.
- Uvalic, Milica (2021): Economic Roots of Yugoslavia's Disintegration. In: 30th Anniversary of the Break-up of Yugoslavia. wiiw Monthly Report, Special Issue, June 2021, 15–20.
- Vachudova, Milada Anna (2005): *Europe Undivided. Democracy, Leverage and Integration After Communism*. Oxford.
- van Middelaar, Luuk (2016): *Vom Kontinent zur Union. Gegenwart und Geschichte des vereinten Europa*. Berlin.
- van Middelaar, Luuk (2017): *De nieuwe politiek van Europa*. Groningen.
- van Middelaar, Luuk (2021): *Das europäische Pandämonium*. Berlin.
- Varoufakis, Yanis (2017): *Adults in the Room. My Battle with Europe's Deep Establishment*. London.
- Vaucher, Antoine (2014): *Démocratiser l'Europe*. Paris.
- Veser, Reinhard (2021): Gegen die Brüsseler Okkupanten. In: *Frankfurter Allgemeine*, 18.9., 8.
- Watkins, Susan (2017): Casting off. In: *New Left Review*, Nr. 100, 5–31.
- Weissenbacher, Rudy (2003): Der IWF und die Dialektik marktwirtschaftlicher Ideologie in Jugoslawien. In: Becker, Joachim et al. (Hg.): *Geld Macht Krise. Finanzmärkte und neoliberale Herrschaft*. Wien, 149–172.
- Weissenbacher, Rudy (2005): *Jugoslawien. Politische Ökonomie einer Desintegration*. Wien.
- Weissenbacher, Rudy (2019a): *The Core-Periphery Divide in the European Union. A Dependency Perspective*. Cham.
- Weissenbacher, Rudy (2019b): "In wenigen Monaten wird nichts mehr wie früher sein": Die gelb-grüne Regierung und Abstieg Italiens im europäischen Kapitalismus. In: *Kurswechsel*, Nr. 1, 62–71.
- Woodward, Susan L. (1995): *Balkan Tragedy. Chaos and Dissolution after the Cold War*. Washington D.C.